:antifaschistische nachrichten

Nr. 14

g 3336 12.7.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Rechte Vereinsgründungen

In Thüringen entstehen zunehmend Vereine, in denen Rechtsextremisten und Neonazis das Sagen haben. Sie tarnen sich mit harmlos klingenden Namen und nutzen verstärkt die deutsche Vereinsmeierei, um sich eine bürgerlich biedere Fassade zuzulegen. So gründete sich im August 2006 in Arnstadt die „Deutsch-Russische Friedensbewegung europäischen Geistes" und ließ sich in das Vereinsregister eintragen. Hinter diesem Namen mit dem friedvoll klingenden Vereinsziel („Vorurteile zwischen Russen und Deutschen abbauen", „Jugendaustausch fördern") verbergen sich bundesweit bekannte und vorbestrafte Neonazis wie der Geschäftsführer des Thüringer NPD-Landesverbandes und ein NPD-Bundesvorstandmitglied, Leute, die zur verbotenen Skinhead-Terroristengruppe Sächsische Schweiz beste Kontakte pflegten. Ausgerechnet der als Rechtsterrorist eingestufte und wegen Volksverhetzung verurteilte Manfred Röder durfte im März auf einer Veranstaltung des Vereins über „seine Erfahrungen" mit Russland referieren. Dieser war 1996 in Erfurt mit anderen Neonazis an einem Farbbeutelanschlag auf die Wehrmachtsausstellung beteiligt, die sich mit den Kriegsverbrechen der Deutschen in Osteuropa und der damaligen Sowjetunion auseinander setzte.

In Erfurt entstand ein Verein „Schöner leben in Erfurt", in dem ausdrücklich nur ‚jeder Deutsche der Stadt Erfurt" Mitglied werden darf und in dessen Vorstand der NPD-Kreischef sitzt. Der Erfurter NPD-Chef taucht auch gleich an der Spitze eines weiteren Vereins auf – beim „Bismarck-Turm-Verein Erfurt 1900". Auch der Verein „Pflege Deutscher Denkmäler in Thüringen" mit Sitz in Lauscha ist für seine engen Verbindungen zur Kameradschaftsszene bekannt. Seine Mitglieder pflegen nicht nur Wanderhütten, sondern reisen auch zu Neonaziaufmärschen. All diese Beispiele zeigen, dass auch in Thüringen die Neonazis ihren Einfluss systematisch ausbauen, um dann beim Landtagswahlkampf 2009 zu punkten.

aus Newsletter Die Linke/BAG Rechtsextremismus – Antifaschismus ■

Inhalt:



3000 Menschen beteiligen sich an aktivem Protest gegen NPD-Aufmarsch

FRANKFURT AM MAIN. Die Anti-Nazi-Koordination und die Antifa Koordination kommen in einer ersten Bilanz zu dem Ergebnis: Die NPD und die Freien Kameradschaften konnten in Frankfurt am 7. Juli den Aufmarsch „Volksgemeinschaft statt Globalisierung" mit mehreren hundert Teilnehmern durchführen, weil die Demonstration mit einem immensen Polizeiaufgebot gegen den Widerstand von mehreren Tausend Gegendemonstranten durchgesetzt wurde und einzelne Stadtteile quasi in einen Ausnahmezustand versetzt wurden. Die antifaschistischen Kräfte konnten den Aufmarsch zwar erheblich behindern und verzögern. Die Beteiligung der Neofaschisten (etwa 700) lag deutlich unter den eigenen Erwartungen. Sie mussten unter Polizeischutz (16 Polizisten pro Demonstrant) durch ein am Samstag weitgehend menschenleeres Gewerbegebiet laufen. Aber der Aufmarsch fand statt, da für eine erfolgreiche Verhinderung trotz einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung zu wenige auf der Straße waren.

Die Anti-Nazi-Koordination hatte frühzeitig mit der Gegenmobilisierung begonnen und konnte mit einem Aufruf, der auch Blockaden befürwortete, und einer Unterstützerliste einen breit angelegten gesellschaftlichen Widerstand organisieren.

Ein von vielen gefordertes und auch in der Stadtverordnetenversammlung auf Initiative von Linkspartei und SPD behandeltes Verbot des NPD-Aufmarsches wurde vom schwarz-grünen Magistrat ausdrücklich abgelehnt, da es vor den Gerichten keinen Bestand und deshalb nur „symbolisch" sei. Die von der NPD ursprünglich beantragte Demonstrationsroute durch die Innenstadt war zwar – im Ergebnis gerichtlich bestätigt - in ein Gewerbegebiet verlegt worden. Das hatte aber auch zur Folge, dass die Route von der Polizei durchgesetzt werden konnte.

Sowohl im Vorfeld als auch während des Nazi-Aufmarsches kam es zu massiver antisemitischer, und faschistischer Hetze sowie zu Gewaltandrohungen. Die Polizei hätte hier eingreifen können und müssen. Sie hat es nicht getan.

Die von manchen klammheimlich oder auch offen geradezu herbeigesehnten gewaltsamen Ausschreitungen von Antifa-Gruppen gab es nicht. Alle diesbezüglichen Vorhersagen von unterschiedlicher Seite erwiesen sich als interessegeleitete Hysterie und Panikmache.

Neben den Aktionen von Antifaschisten, die versuchten, den Nazi-Aufmarsch auf der Straße zu verhindern, gab es in der Innenstadt eine Kundgebung des Römerbergbündnisses (DGB, Kirchen u. a.), an der sich rund 1500 Menschen beteiligten und auf der auch die Frankfurter OB Roth (CDU) sprach.

Die Anti-Nazi-Koordination bewertete die Politik der Exekutive im Ergebnis wie folgt: „ … das politische Konzept des hessischen Innenministers Volker Bouffier und des schwarz-grünen Magistrats ist aufgegangen, sich das Heft des Handelns in der Frage, ob eine Nazi-Demonstration in Frankfurt stattfinden kann oder nicht, jedenfalls nicht ganz aus der Hand nehmen zu lassen. Damit hat die Exekutive ein weiteres Mal bewiesen, dass ihr wirksamer gesellschaftlich organisierter und nicht bloß symbolischer Antifaschismus ein Dorn im Auge ist. Die materiellen und vor allem die politischen Kosten dieser Politik sind hoch bzw. noch nicht einzuschätzen."

ola ■

http://antinazi.wordpress.com/anti-nazi-koordination-frankfurt-am-main/

Kandidatin bestätigt

Bremerhaven. Jutta Laue, Kandidatin der rechten Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BiW), wurde vom Wahlleiter Bremerhavens nun als offiziell gewählte Kandidatin bestätigt. Einer Teilnahme an den Sitzungen der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung steht damit erst einmal nichts mehr im Wege. Das zuständige Ortsamt hatte Laue und BiW-Chef Jan Timke mit der Begründung, sie hätten ihren Lebensmittelpunkt nicht wie vorgeschrieben in Bremerhaven, zuvor rückwirkend von der Kandidatenliste gestrichen. Eine endgültige Entscheidung über die Streichung Laues wird nun ein Gericht treffen.

Unterdessen hat der Publizist Udo Ulfkotte seinen Beitritt zu „Bürger in Wut“ angekündigt. Gemeinsam mit dem von ihm im Juni in Bonn gegründeten Förderverein „Demokratie und Werte“ wolle man nun 2009 zur Europawahl antreten. Ursprünglich hatte Ulfkotte die Gründung einer neuen Partei erwogen und eine Kandidatur für die „Deutsche Zentrumspartei“ in Hamburg angekündigt. Nun erhoffen sich Timke und Ulfkotte mit dem Thema „Islamisierung Deutschlands und Europa“ einen Wahlerfolg bei der nächsten Europawahl. Gegen die Ausbreitung des Islam will Ulfkotte gemeinsam mit anderen europäischen Partnerorganisationen am 11. September auf die Straße gehen. Zu einer „Großdemonstration“ in Brüssel erhoffen sich die Organisatoren mehr als 10 000 Teilnehmer.

hma ■

In der Krise

Berlin. Der Vorstand der „Union der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft“ (UOKG) hat den Beschluss, die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“(VOS) und den „Bund der Stalinistisch Verfolgten“ auszuschließen, „für ungültig erklärt“. Als Begründung werden „mehrere Formfehler“ angegeben. Die VOS und der BSV hatten gegen den Ausschluss Klage erhoben. Eine „Schlammschlacht“ sei die Sitzung gewesen, in der der Ausschluss von VOS und BSV beschlossen worden sei, teilten die beiden Verbände mit.

Die „Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen“, die den Antrag auf Ausschluss der beiden Gruppen gestellt hatte, will ihren Antrag erneut einreichen. UOKG-Chef Horst Schüler, selbst langjähriges VOS-Mitglied, hat bereits angekündigt, das er im Falle eines Ausschlusses von BSV und VOS nicht mehr für dieses Amt zur Verfügung stehen wird.

hma ■

NPD als Mieter

Paderborn/Zwickau. Nachdem bekannt wurde, das die Literaturprofessorin Gertrud Höhler im April eine Immobilie in Zwickau an den sächsischen NPD-Landtagsabgeordnetem Peter Klose vermietet hatte, würde die Universität Paderborn ihre frischgebackene Hochschulrätin gerne wieder loswerden. Doch die Abwahl eines Mitglieds scheint im jüngst eingeführten Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) nicht vorgesehen zu sein.

Unterdessen wurde bekannt, das Gertrud Höhler unlängst auch in den Fachbeirat der WestLB Akademie Schloss Krickenbeck berufen wurde. Der soll als Beratungsausschuss für Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Akademie im Bereich des Bildungsangebotes fungieren. Die konstituierende Sitzung des Akademie-Fachbeirates fand kürzlich unter der Schirmherrschaft von Dr. Thomas R. Fischer, Vorstandsvorsitzender der WestLB AG, auf dem niederrheinischen Schloss statt.

hma ■

Braun statt grün

Landshut/Traunstein. Auf den ersten Blick harmlos erscheint die neue Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“, die „die Menschen für Tierschutz, Umweltschutz und Heimatschutz“ sensibilisieren will. Auf der Webseite der Zeitschrift, die vom Verein Midgard e.V. mit Sitz in Landshut herausgegeben wird und für die sich Otto Freimuth aus Arnbruck verantwortlich zeichnet, wird man da deutlicher. „Skrupellose Internationalisten“, heißt es dort, „machen unsere Heimat zu einem Spielball im internationalen Finanzhandel“. Nicht länger will man „jenen Menschen das Thema Umweltschutz und Naturschutz überlassen, denen gar nichts an der Heimat liegt“. Die „einseitige Ausrichtung an materiellen Werten und ökonomischen Zwängen“ führe „zwangsläufig zur Vernichtung der traditionellen Bindungen und Kulturen“. „Der Mensch“ werde „von seiner Umwelt entfremdet und entwurzelt, er verliert seine Identität“. Da helfe nur „nationale Politik“. „Nationale Politik ist Umweltpolitik“, heißt es dort.

Auch „das Thema ‚Überbevölkerung‘ und die Mitverantwortlichen für dieses Tabu“ will die Zeitschrift aufgreifen, in der man neben Texten über Gartenkräuter und Gentechnik auch Beiträge über die heidnischen Wurzeln des Osterfestes und das „Betäubungslose Schächten als Akt der Barbarei“ findet.

So wundert es auch nicht, das die neue Zeitschrift unter der Überschrift „Umweltschutz ist nicht grün“ wohlwollend im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ vorgestellt wird.

hma ■



Gegendemo in Krefeld

Krefeld. Das Krefelder Bündnis für Toleranz und Demokratie, in dem sowohl bürgerliche als auch linke Gruppen und Parteien vertreten sind, ruft für Samstag, den 21. Juli, zu einer Demonstration gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch in Krefeld (s. AN 11-2007) auf. Um 11 Uhr soll die Demonstration am Rathaus, Von-der-Leyen-Platz beginnen und zur Fabrik Heeder, am Hinterausgang des Hauptbahnhofes, führen. Hier wollen NPD und sog. „Freie Nationalisten“ aus der Region um 12 Uhr gegen die angebliche „Kriminalisierung von national denkenden Menschen“ aufmarschieren.

VVN-BdA MG ■

Antifaschistischer Aktionstag am 18.8.2007 in Wunsiedel

Wie auch in den letzten Jahren mobilisieren die Nazis wieder zum Rudolf-Hess-Gedenkmarsch nach Wunsiedel. Mit 4.800 Faschistinnen und Faschisten im Jahr 2004 hat sich der Hess-Gedenkmarsch zu einem *der* Events der deutschen und internationalen Naziszene entwickelt. Nazis und extrem Rechte unterschiedlichen Alters mit verschiedener sozialer Herkunft sowie teilweise gegensätzlichen politischen Werdegängen und kulturellen Hintergründen finden sich in der Verherrlichung des Nationalsozialismus zusammen.

Vor dem Hintergrund dieses widerwärtigen Beispiels der Verherrlichung des Nationalsozialismus hat sich im Jahr 2004 die antifaschistische Kampagne: NS-Verherrlichung stoppen! gegründet. Sie richtet sich gegen jede Art der Verherrlichung des Nationalsozialismus, gegen Revisionismus und die Relativierung der deutschen Geschichte.

In den letzten beiden Jahren wurde der Hessmarsch aufgrund öffentlichen und antifaschistischen Drucks verboten.

Die versuchten Ersatzveranstaltungen fielen in ihrer Bedeutung weit hinter die Hessmärsche in Wunsiedel zurück. Die bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Hessmarsch waren Eilentscheidungen. Die Verfassungsmäßigkeit des erweiterten Volksverhetzungsparagraphen, auf den sich die Verbote stützen, wurde nicht geprüft. Eine solche Überprüfung kann nur im Rahmen der laufenden Klage des Anmelders Jürgen Rieger erfolgen. Diese Klage ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgelehnt worden, eine abschließende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren ist nicht absehbar. Auch dieses Jahr wird es also wieder zu einer Eilentscheidung kommen. Deren Ausgang ist erneut ungewiss. Klar ist aber, dass das Verfassungsgericht das Verbot nicht jedes Jahr bestätigen und die Nazis auf die Anmeldungen für die nächsten Jahre verweisen kann.

Die juristisch unklare Situation lässt es nicht zu, die Hände in den Schoß zu legen und auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zu vertrauen – dies wäre politisch fatal. Nach den erfolgreich durchgeführten Aufmärschen von 2001 bis 2004 würde ein neuerlicher Aufmarsch 2007 dem Mythos Hess schnell wieder Aufwind verschaffen.

Wir sagen Nein zu jeder Form der NS-Verherrlichung – und am 20. Todestag des Hitlerstellvertreters erst recht.

Kamapgne NS-Verherrlichung stoppen!
www.ns-verherrlichung-stoppen.tk
info@ns-verherrlichung-stoppen.tk ■

Grüne Studie zu Rechtsextremismus im ländlichen Raum

BERLIN. Die Bundestagabgeordnete Monika Lazar, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Fraktion B90/Die Grünen hat eine Studie zum Thema „Rechtsextremismus im ländlichen Raum" in Auftrag gegeeben und jetzt vorgestellt:

Das Problem liegt im Denken großer Bevölkerungsteile, nicht im Handeln kleiner „Randgruppen". Unabhängig von Bildung, Alter, Geschlecht oder sozialem Status trifft man in Deutschland auf hohe Zustimmung zurassistischen Einstellungen. Ohne die Offenheit der Bürgermeister geht nichts. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie zum zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Nazistrukturen in ländlichen Regionen.

Als Grund für die Probleme von Antinazi-Initiativen in Dörfern und Kleinstädten ermittelte die Studie ein Demokratiedefizit. „Andere Meinungen in wichtigen politischen Fragen werden kaum ertragen", so Doris Liebscher (Antidiskriminierungsbüro Leipzig) und Dr. Christian Schmidt (Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig), die Autorinnen und Autoren der Studie. Entsprechend schwer haben es politische Gruppen, mit ihrer Kritik von den kommunalpolitisch Verantwortlichen gehört zu werden.

Wer Kritik an den Behörden übt, gilt schnell selbst als extrem. Dies belegen viele Interviews, die mit Personen von unterschiedlichen Behörden und Initiativen durchgeführt wurden.

Im Ergebnis der Untersuchungen empfiehlt die Studie unter anderem:Anti-Nazi-Maßnahmen nicht als „Extremismusbekämpfung" bezeichnen, Vergabe von Fördermitteln direkt an die Initiativen und Maßnahmen zur Demokratieerziehung.

Die Studie im Volltext (200 Seiten) kann im Büro der Bundestagsabgeordneten Monika Lazar elektronisch angefordert werden (monika.lazar@bundestag.de). ■

Demonstration gegen Moscheebau-Beginn

BERLIN/HEINERSDORF. Seit über einem Jahr artikuliert sich an dem geplanten Bau einer Moschee im Nordostberliner Stadtteil Heinersdorf ein Protest, der mehrheitlich rassistisch geprägt ist. Federführend hierbei ist die Bürgerinitiative Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V. (IPAHB), die in diesem Zusammenhang mehrere Demonstrationen mit über tausend Teilnehmer/innen organisierte. Alle politischen Initiativen der IPAHB darüber hinaus waren allerdings zum Scheitern verurteilt. Die von ihr eingereichten Unterschriftensammlungen wurden vom Bezirk als verfassungswidrig abgelehnt. Deshalb greift sie vermehrt zu hilflosen, aber dafür umso agressiveren Methoden.

Seit Dezember 2006 sind alle rechtlichen Hürden für den Bau der Moschee aus dem Weg geräumt und es ist klar: die IPAHB hat ihren Kampf verloren. Dass auch sie selbst diese Niederlage realisieren, zeigen die Aktionen und Äußerungen der Initiative. Am Rande einer Kundgebung der IPAHB Anfang Januar, an der nur ca. 30 Menschen teilnahmen, gingen Kundgebungsteilnehmer/innen gewaltsam gegen Kritiker/innen vor, die ein Transparent gegen Rassismus entrollten.

In den letzten Monaten wurde die Ahmadiyya-Gemeinde und Kritiker/innen der IPAHB mit Klagen überzogen. Die Ahmadiyya wurde u.A. für den Baulärm einer angrenzenden Baustelle verklagt, die nichts mit der Moschee zu tun hat. Im Mai störten Vertreter/innen der IPAHB eine Veranstaltung unter dem Motto „Pankow bleibt offen" so massiv mit Zwischenrufen, dass die Veranstaltung abgebrochen werden musste.

Für den 11. Juli um 19.00 Uhr hat die IPAHB nun eine weitere Demonstration gegen den Baubeginn der Moschee in der Thiniusstraße angemeldet. Es ist wieder damit zu rechnen, dass hunderte Heinersdorfer/innen rassistische Parolen auf die Straße tragen werden. Auch dutzende Neonazis aus ganz Berlin werden wieder ungestört daran teilnehmen. Da nutzen auch halbherzige Abgrenzungen der IPAHB gegen rechts nicht. Die ideologische Schnittmenge erlaubt es den Neonazis, sich in der Demo wie zu Hause zu fühlen.

Wie indymedia berichtet, ist jetzt noch eine weitere geplante Aktion bekannt geworden, die zeigt, mit welchem Hass und welcher Skrupellosigkeit gegen das ungewünschte Moscheeprojekt vorgegangen werden soll. Pünktlich zu Baubeginn sollen mehrere Schweine über das Objekt der Moschee laufen gelassen werden. So soll das Grundstück und die darauf befindlichen Baumaterialien entweiht werden, um den Baubeginn zu verzögern oder sogar zu verhindern.

Die Aktion reihe sich ein in die unrühmliche Folge von Aktionen, die den Rahmen legitimer politischer Auseinandersetzung verlasse.

Unter dem Motto „Den rassistischen Aufmarsch stoppen" rufen Antifaschisten für den 11. Juli zu einer antirassistischen Kundgebung auf, um für eine solidarische Gesellschaft eintreten.

Kundgebung gegen den IPAHB-Aufmarsch in Weißensee / Pankow 11.07.2007 | 18.00 Uhr | S/U-Bahnhof Pankow

Quelle indymedia und
www.heinersdorf.tk ■

Gegen das Geschäft mit dem Nazi-chic

HAMBURG. Ende Mai begaben sich rund fünfzig junge Antifas auf Achse. Die Tour führte durch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und endete in Hamburg. Organisiert wurde die nicht angemeldete und als Rundfahrt deklarierte Bustour von der Kampagne „Move Ya! – gegen rechten Lifestyle und entsprechende Geschäftemacherei". Ziel waren drei Ladengeschäfte im Norden. Angefahren wurde „Böhm Streetwear" in Lägerdorf (Schleswig-Holstein), „Streetwear Tostedt" in Todtglüsingen (Niedersachsen) sowie „Unbreakable Streetwear" in der Bürgerweide (Hamburg). Mit Transparenten und Flyern wurden die Anwohner und Nachbarn auf die rechtsradikalen Läden aufmerksam gemacht.



In Hamburg ist Volker Fuchs bereits ein alter Bekannter. Der Inhaber des neuen Ladens im Stadtteil Hamm musste seinen vorherigen Laden „Odin & Freya" in Nähe der Reeperbahn aufgrund von Anwohnerprotesten vor rund einem Jahr schließen. In den neuen Räumlichkeiten fiel Volker Fuchs bereits erneut mit einer Feier zum Hitler-Geburtstag unangenehm auf. Der geschäftsfindige Fuchs verkauft bei „Unbreakable Streetwear" wieder Bekleidung für Neonazis, rechte Hooligans und die Hells-Angels. Über die Machenschaften ihres neuen Mieters wurde die Baugenossenschaft informiert: Sofort nach Bekanntwerden der rechten Aktivitäten sprach sie eine Kündigung aus, aber die fristlose Vertragsbeendigung steht auf wackeligem Fundament, beziehen sich die aufgeführten Kündigungsgründe doch auf Vorfälle an anderer Stelle zu früherer Zeit. So wird sich die Auseinandersetzung aller Voraussicht nach weiter hinziehen.

Weitere Infos unter http://antifainfo.de und hto://antifa-aktionen.blogspot.com.

kun ■

„Fest der Völker"

JENA. Für das zum 8. September in Jena angesagte Nazitreffen „Fest der Völker – für ein Europa der Vaterländer" (Anmelder ist der NPD-Kreisverband Jena unter seinem Vorsitzenden Ralf Wohlleben) sind als Redner unter anderem Bojan Rasate (Vorsitzender der Bulgarischen Nationalen Union), Zsolt Illes (ungarischer Holocaustleugner) und Stephen Swinten (Blood and Honour England) angekündigt. Für den musikalischen Teil sollen als Szenebands „Before the war" (Slowenien), „Sleipnir" (Deutschland), „Conflict" (Tschechien), „Brutal attack" (England) und „Ultima Frontiera" (Italien) anreisen.

aus Newsletter Die Linke/BAG Rechtsestremismus – Antifaschismus ■

Freiheitliche Akademiker streiten und trauern

ÖSTERREICH. Der Streit zwischen der FPÖ und ihrem korporierten Vorfeld über die Fraktionsbildung im Europäischen Parlament scheint allen Bekenntnissen zum „Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler" zum Trotz noch lange nicht ausgestanden zu sein. Der Verband Freiheitlicher Akademiker OÖ veröffentlichte nun eine Stellungnahme zur Zusammenarbeit mit „italienischen Neofaschisten" (Aula 6/2007, S. 12 f.): FPÖ-MdEP Andreas Mölzer, der Architekt von Identität – Tradition – Souveränität (ITS), irre, wenn er glaube, dass eine „Mini-Fraktion in einem mit vergleichsweise wenig Rechten ausgestatteten EU-Parlament dem völlig überzogenen Anspruch auf Rettung unseres Volkes, auf Rettung aller europäischen Völker gerecht werden" könne. Zudem sei es ein Leichtes für den „Gegner", die „ITS-Fraktionsangehörigen […] zu politischen ‚Parias'" abzustempeln, da sich in der neuen Fraktion „auch zweifelhafte osteuropäische Exponenten und zwei deklarierte italienische Neofaschisten befinden". Künftig seien freiheitliche „Einflussnahmen auf die österreichische Südtirolpolitik […] völlig ausgeschlossen, wenn man sich in einer Koalition mit italienischen Neofaschisten befindet". Mölzer, der übrigens am letzten Bundesparteitag – krankheitsbedingt – fehlte, und mit ihm die Mehrheit in der FPÖ seien den „Südtiroler Freunden" in den Rücken gefallen.

In seiner patzigen Antwort (ebenda, S. 14) bringt Europaparlamentarier Mölzer keine neuen Argumente, sondern wiederholt nur den Hinweis auf den überwiegend technischen Charakter des Zusammenschlusses, dessen Basis eben nur ein „Minimalkonsens" sei. Mit ihrer Kritik am Zusammengehen mit den Neofaschisten und den polternden Osteuropäern hätten sich die Freiheitlichen Akademiker „zu nützlichen Idioten von Kommunisten, Grünen und Sozialdemokraten" gemacht, so Mölzer abschließend.

Einigkeit herrscht im Milieu hingegen in der Sicht auf den 8. Mai 1945: Man klagt in der Aula (ebenda, S. 7), dass dieser „für das besiegte und umerzogene deutsche Volk als ‚Tag der Befreiung' zu gelten" hat. Demgegenüber „findet in Wien alljährlich das Totengedenken des Wiener Korporationsringes statt, wo diesem unsäglichen Zeitgeist mutig entgegen getreten wird." Heuer war es FPÖ-Nationalrat Lutz Weinzinger (aB! Bruna Sudetia), der in der „Totenrede" daran erinnerte, dass „der deutsche Soldat seine Pflicht erfüllt habe".

Schließlich findet sich noch ein Artikel von Susanne Winter, „FPÖ-Stadtparteiobmann von Graz" (ebenda, S. 16 f.). Die jüngst aufgrund ihrer Leserinnenbriefe an das neonazistische PHOENIX ins Gerede gekommene Winter sieht „tagtäglich auf den Straßen", dass „unser Kontinent in den letzten Jahrzehnten von Moslems, Negern und fremdländischen Menschen aus allen Ecken und Enden dieser Welt überflutet worden ist".

Abgerundet wird das Bild, das diese Aula-Ausgabe abgibt, durch eine Einschaltung der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), in welcher die Freilassung der drei inhaftierten Kader des neonazistisches Bundes freier Jugend (BfJ) verlangt wird (ebenda, S. 36).

Neues von ganz rechts - Juni 2007, www.doew.at ■

NPD hat Interesse an Niederrheinkaserne

MÖNCHENGLADBACH. Wie die Rheinische Post am 3.7. meldete, hat der NPD-Ratsherr Wolfgang Geilenkirchen bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben um einen Besichtigungstermin für die Niederrheinkaserne gebeten. Die Behörde versucht zur Zeit, das zehn Hektar große Gelände, das seit sieben Jahren nicht mehr genutzt wird, zu verkaufen. Von Seiten der Bundesanstalt hieß es dazu, einem Ratsherrn könne man die Bitte zur Besichtigung wohl kaum abschlagen. Ein offizielles Angebot habe der NPD-Interessent noch nicht abgegeben und ein Verkauf an die NPD sei ohnehin nicht möglich. Das Gelände dürfe im Moment ausschließlich für öffentliche Zwecke genutzt werden.

Quelle: http://www.rp-online.de/ public/article/regional/niederrheinsued/ moenchengladbach/nachrichten/454661



Stand 9.7.: 92617 Unterschriften

Demonstration gegen Neonazikonzert

„Stuttgart bleibt bunt – den Nazis den Ton abdrehen!“

200 bis 300 Menschen demonstrierten am 30. Juni in Bad Cannstatt gegen ein geplantes Konzert rechter Musikgruppen. Per Internet hatte die NPD Stuttgart ein Konzert im Stuttgarter Raum angekündigt, unter anderem mit der in Bad Cannstatt ansässigen Band Carpe Diem. Das Konzert wurde aber angeblich ins Saarland verlegt. Bei der Kundgebung sprach neben Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Ulrike Küstler, Gemeinderätin der Linken in Stuttgart. Wir bringen Auszüge aus ihrer Rede.

Totschweigen ist keine hilfreiche Taktik gegen Neonazis

Wir demonstrieren heute, weil wir nicht wollen, dass in Stuttgart, dass in Baden-Württemberg und dass überhaupt Ideologien verbreitet werden, die Menschen aus anderen Ländern, mit anderer Weltauffassung, mit anderen politischen Zielen, mit anderen Lebensweisen und Kulturen beleidigen, sie angreifen und ausgrenzen, ihnen das Lebensrecht absprechen.

Eine Strategie der bürgerlichen Parteien ist das Totschweigen und Verharmlosen der neonazistischen und rechtsextremistischen Umtriebe. Wir können sehen, dass das nicht funktioniert. Diese abscheuliche Ideologie und diese abscheulichen Taten verschwinden dadurch nicht, sie werden schon gar nicht weniger. Im Gegenteil: Totschweigen schafft die dumpfe Atmosphäre, in der sie ihre Strukturen aufbauen und immer offener und brutaler alles und alle angreifen, die nicht in ihr rassistisches und nationalistisches Weltbild passen. Die rechtsextremen und Neonaziparteien haben angekündigt, dass sie bundesweit in die Parlamente und Räte einziehen wollen. Dafür wollen sie jetzt die Strukturen aufbauen – auch in unserer Region. Sie wollen mit ihrer Ideologie in die Mitte der Gesellschaft. Dazu verbinden sie demagogisch nackte Gewalt mit dem Versuch, sich als Kümmerer für sozial Benachteiligte darzustellen, natürlich nur für „Volksgenossen“. Dagegen hilft Totschweigen nicht, dagegen hilft nur Aufklärung und Widerstand.

Die CDU hält an ihrem überkommenen Weltbild fest, rechts und links als Extremismus abzutun. Diese Lüge befördert eine große gesellschaftliche Blindheit gegenüber dem Vordringen rassistischer und nationalistischer Ideologien. Die Landesregierung hat eine schlechte Tradition mit dem Haus der Heimat und Weikersheim. Es war der Filbinger, der in Weikersheim eine rechtskonservative Ideologie- Schmiede installiert hat, mit weiter Öffnung für rechtsextreme Theorien. Es war Filbinger, der den heutigen Bundesvorsitzenden der REP als Referenten in Weikersheim beschäftigt hat. Bis heute macht Oettinger in dieser Tradition weiter, nicht nur durch die versuchte Reinwaschung Filbingers von seiner Vergangenheit als NSDAP-Mitglied und Nazirichter. Oettinger holt sich aus dem Weikersheim- Nachwuchs bis heute Beratung und Beraterinnen. In Stuttgart hat das Haus der Heimat jahrelang mit den Steuergeldern des Landshaushalts neonazistische und revanchistische Bücher und Zeitschriften in die Bibliothek eingestellt und entsprechende Veranstaltungen gemacht. Wir haben das nicht vergessen.

In Stuttgart werden gesellschaftskritische alternative Ansätze plattgemacht. So wurde der selbstorganisierten Kindertageseinrichtung Wilde Hilde der Garaus gemacht, das Arbeitslosenzentrum Salz wurde plattgemacht, das OBW9 gewaltsam geräumt und nach dreißig Jahren selbstorganisierter Jugendarbeit dem Verein die Arbeitsgrundlage entzogen. Nazis raus aus den Köpfen hat die PDS seit Jahren plakatiert und Nazis raus aus den Köpfen sagt Die Linke auch heute: wichtig ist die gesellschaftliche Ächtung rechtsradikalen, rassistischen, faschistischen, antisemitischen Gedankenguts. Der Kampf um die Köpfe, um die Meinungen ist entscheidend, wenn man die Rechtsextremen stoppen will. Ohne dies bleibt der Widerstand gegen das Auftreten der Rechtsextremen hilflos und kann nicht erfolgreich sein.

Wir lassen nicht zu, dass die Neofaschisten und Rassisten mit Musik die Jugend fangen wollen. Wir lassen nicht zu, dass sie in die Mitte der Gesellschaft vordringen! Darum fordern wir das Verbot solcher Veranstaltungen wie heute und gehen auf die Straße!

Setzen wir unsere Kultur und Politik dagegen: Stärken wir die Gewerkschaften! Unterstützen wir alle demokratischen Formen der Selbstverwaltung! Verteidigen wir die Flüchtlinge und das Recht auf Asyl. Setzen wir gegen die Unkultur des Rassismus und Neofaschismus unsere gelebte, bunte, friedliche, solidarische radikaldemokratische Alltagskultur! ■

Verbotenes Konzert aus Baden-Württemberg kurzfristig ins Saarland verlegt

Saarbrücken. Am 30.6. fand in der Festhalle in Saarbrücken-Schafbrücke ein von der NPD Saar veranstaltetes Konzert mit ca. 300 Besuchern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland statt. Ein für gestern in Ulm geplantes Neonazikonzert europäischer Rechtsrock-Bands wurde dort kurzfristig verboten.

Ermuntert durch das Entgegenkommen der Saarbrücker Stadtverwaltung und der saarländischen Polizei wurde dieses verbotene Konzert kurzfristig nach Saarbrücken verlegt und somit konnten die Neonazis die Verbotsverfügung in Baden-Württemberg umgehen und es fanden gestern sozusagen zwei Konzerte in einem statt.

(Auch die Stuttgarter NPD mobilisierte kurzfristig ins Saarland, siehe oben, die Red.)

Die Antifa Saar / Projekt AK weist darauf hin, dass Symbole der verbotenen Neonaziorganisation „Blood & Honour“ auf dem Konzert zu sehen waren. Die Polizei war über diesen Umstand informiert, schritt aber nicht ein. So verwundert es auch überhaupt nicht, wenn Saar-NPD-Chef Franz das „angenehme Zusammenarbeiten“ mit der Polizei lobend erwähnt.

Der stellvertretende Pressesprecher der Antifa Saar / Projekt AK Alexander Breser dazu: „Die Saarbrücker Polizei, die Stadtverwaltung und auch die Vertreter des Innenministeriums müssen sich nun die Frage gefallen lassen, wie es sein kann, dass Neonazibands, deren Auftritte für den gleichen Tag in Ulm verboten wurden, ungestört in der saarländischen Landeshauptstadt unter den Augen der Polizei auftreten dürfen und darüber hinaus nicht eingeschritten wird, wenn Symbole verbotener Organisationen gezeigt werden.“

Die Antifa Saar / Projekt AK wird in den nächsten Wochen verstärkt Veranstaltungen zu dieser Thematik anbieten und zur Diskussion stellen, wie solche Nazikonzerte zukünftig verhindert werden können.

Antifa Saar / Projekt AK
Email: antifasaar@yahoo.de
Internet: www.antifa-saar.de.vu ■

Brothers Keepers warnen vor Rassismus und Sexismus im deutschen HipHop

Am Montag, 2. Juli 2007 veröffentlichten die Brothers Keepers eine Petition gegen Rassismus und Sexismus im deutschen HipHop. Sie protestieren dagegen, dass sich kommerziell erfolgreicher deutscher HipHop immer mehr durch rassistische, Gewalt verherrlichende und obszön-frauenfeindliche Inhalte auszeichne.

Höchste Zeit gesamtgesellschaftlich Position zu beziehen, findet Adé Bantu, Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins Brothers Keepers und Initiator des gleichnamigen Musikprojekts („Adriano/Letzte Warnung", Lightkultur", „Am I My Brothers Keeper"). Die Petition ist auf der Homepage (www.brothers-keepers.de) online.

Schon im Vorfeld haben sich viele Prominente aus der Entertainmentbranche und Politik mit ihrer Unterschrift an der Aktion beteiligt, darunter beispielsweise die Parlamentarische Staatssekretärin a.D. Marieluise Beck MdB, der Filmemacher Züli Aladag („Wut"), der Publizist und Autor Roger Willemsen oder Smudo von den Fantastischen Vier. Smudo: „Bei Rassismus hört die künstlerische Freiheit auf. Jeder Künstler hat eine gesellschaftliche Verantwortung." Durch die Petition angesprochen werden sollen die Verantwortlichen in der Musikindustrie – die Plattenfirmen, Labels und Vertriebe – genauso wie Vertreter aus Medien und Politik und natürlich auch die Mitglieder der deutschen HipHop Community – sowohl die Künstler als auch die Konsumenten.

„Wir finden, dass gerade in der Musikindustrie ein Eintreten für Respekt und gegen Rassismus selbstverständlich sein sollte", so die Brothers Keepers e.V. Koordinatorin Angela Kamara.Brothers Keepers e.V. versteht sich als Lobby für Betroffene von Rassismus und Rechtsextremismus und leistet seit vielen Jahren auch Aufklärungsarbeit, insbesondere unter Jugendlichen.

Die Petition im Wortlaut

Kommerziell erfolgreicher deutscher HipHop zeichnet sich zunehmend durch Gewalt verherrlichende und obszöne Inhalte aus und bedient sich dabei sowohl rassistischer als auch sexistischer Stereotypisierungen. Als Brothers Keepers e.V., einem Zusammenschluss von primär afrodeutschen KünstlerInnen und ProduzentInnen, der sich gegen Rassismus und für Gleichberechtigung auf allen gesellschaftlichen Ebenen engagiert, sehen wir diese Entwicklung der letzten Jahre mit wachsender Besorgnis. Wir denken, dass es höchste Zeit für einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs ist – dies schließt die Verantwortlichen in der Musikindustrie – die Plattenfirmen, Labels und Vertriebe – genauso ein wie Vertreter aus Medien und Politik und natürlich auch die Mitglieder der deutschen HipHop Community – sowohl die Konsumenten als auch die bislang recht schweigsamen Kritiker.



Wanna B Tight? – Then you better get it right!

Exemplarisch lässt sich diese Gesamtproblematik an der jüngsten Veröffentlichung aus dem Hause Aggro-Berlin/Groove Attack illustrieren: das Album „Neger Neger" des afrodeutschen Rappers B-Tight (aka Bobby Dick). Seit der Veröffentlichung des Albums kleben überall in deutschen Großstädten Werbe-Sticker mit der Aufschrift „Neger Neger" – offensichtlich wenig kreative Auswüchse einer Werbekampagne, die Aufmerksamkeit erregen will und dabei keine Grenzen kennt. Sowohl der Albumtitel als auch die Liedtexte (Bsp.: „Wer rammt immer noch sein Penis in dein Loch, sag mir wer ist immer straff? Der Neger Neger!") und die Werbekampagne sind nicht hinnehmbar. Das Wort „Neger" (in Folge N-Wort genannt) ist eine rassistische Beleidigung. Wir lehnen die Verwendung des N-Wortes, egal ob als Fremd- oder Selbstbezeichnung, ab – genauso wie jegliches sadistisch-sexistisches Vokabular.

Das N-Wort steht für die Herabwürdigung und Entmenschlichung Schwarzer Menschen. Dies zeigt sich sowohl in der deutschen Geschichte (Sklaverei, Kolonialismus, Genozid, Zwangssterilisierung, Ermordung in Konzentrationslagern) als auch in der deutschen Gegenwart. So sangen die faschistischen Mörder von Alberto Adriano das kolonialrassistische deutsche Kinderlied „Zehn kleine Negerlein", während sie den mehrfachen Familienvater feige und brutal zu Tode traten. Zudem bedient sich die rechtsextreme Polit-Szene allzu gerne des N-Wortes, wie die jüngsten Aussagen über „arrogante Wohlstandsneger" des NPD-Fraktionschefs, Holger Apfel, im Sächsischen Landtag zeigen.

Die Auswirkungen rassistischer und sexistischer Gewalt durch Sprache dürfen nicht unterschätzt werden, ihre Verbreitung über Tonträger und Medien lässt sich nicht durch die viel zitierte künstlerische Freiheit rechtfertigen. Es geht hier nicht um formelhafte Political Correctness, sondern um R-E-S-P-E-K-T und um Verantwortung. B-Tight repräsentiert in keiner Weise die Schwarze Community in Deutschland, sondern allein seine eigenen gewinnmaximierenden Interessen und die seines Labels Aggro Berlin. Seine Sprachwahl und Herkunft können und dürfen nicht herangezogen werden, um rassistische Begriffe zu legitimieren. Der Umgang mit Sprache reflektiert und kreiert natürlich das zwischenmenschlichen Klima innerhalb einer Gesellschaft und leistet der nach wie vor ausgeprägten verbalen und physischen Gewaltbereitschaft gegenüber Schwarzen Menschen in Deutschland Vorschub. Schon jetzt singen Jugendliche öffentlich – da sie weder von politischer, pädagogischer oder medialer Seite ausreichend Orientierungshilfen erhalten – Auszüge aus B-Tights Liedern und skandieren den Refrain. Letztlich führt die klischeehafte Selbstdarstellung B-Tights als sexbesessener, perverser und hyperpotenter Schwarzer Vergewaltiger und Aufreißer zu einem ungehinderten Konsum frauenfeindlicher und vermeintlich „authentisch Schwarzer" phallischer Phantasien.

Rassismus und Sexismus werden so zur Ware für ein junges Publikum gemacht, das auch für die Bestätigung entsprechender Vorurteile zahlt. Daher fordern wir:

- von dem Label Aggro Berlin ein Ende der Produktion und Vermarktung rassistischer und sexistischer Images und Inhalte sowie die sofortige Beendigung der Streetmarketing Kampagne zu „Neger Neger" und das Einstampfen noch vorhandener Sticker
- von dem Vertrieb Groove Attack die Einstellung des Vertriebs des B-Tight Albums „Neger Neger"
- von den Musiksendern einen Rotationsstop rassistisch und sexistisch motivierter Videoclips und von Magazinen, Zeitungen und Fanzines das Ende unreflektierter Berichterstattung und ungehemmten Profitschlagens aus Anzeigen, die mit der Beleidigung Schwarzer Menschen und der Herabwürdigung von Frauen werben
- ein Ende des Schweigens in der deutschen HipHop Community und der Musikindustrie, in der das Eintreten für Respekt und gegen Rassismus selbstverständlich sein sollte.

Es ist höchste Zeit, gesamtgesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen und Position zu beziehen.

Brothers Keepers e.V. ■

Nicht die Existenz rechtsextremer Gruppen ist das eigentliche Problem, sondern eine politische Kultur, die eine Akzeptanz gegenüber dem Rechtsextremismus entwickelt, so das Fazit einer Studie, die der von den Waiblinger IG-Metall-Bevollmächtigten gegründete Verein für Internationale Arbeits- und Kulturbeziehungen e.V. Rems-Murr (VIAK) bei Professor Josef Held von der Universität Tübingen in Auftrag gegeben hat. Das Forschungsprojekt zum Thema „Rechtsextremismus und sein Umfeld“ sollte die Einflüsse und Bedingungen untersuchen, die rechtsextreme Einstellungen im Rems-Murr-Kreis fördern.

Neben den Wahlergebnissen der NPD und der Republikaner wurde der Verein auf die Problematik durch Meldungen aufmerksam, demzufolge zehn Prozent der landesweit registrierten Skinheads in diesem Kreis zu finden seien. Die interessierende Frage war, was gibt es für besondere Bedingungen, die diese rechtsextremen Einstellungen fördern. Im Folgenden eine zusammenfassende Presseinformation der Tübinger Forschungsgruppe. Die vollständige Studie sowie die zusammengefassten Dokumente können auf der Internetseite der IG Metall Waiblingen heruntergeladen werden (www. waiblingen. igm.de).

Rechtsextremismus-Studie zum Rems-Murr-Kreis

Rechtsextremismus und sein Umfeld – eine Regionalstudie

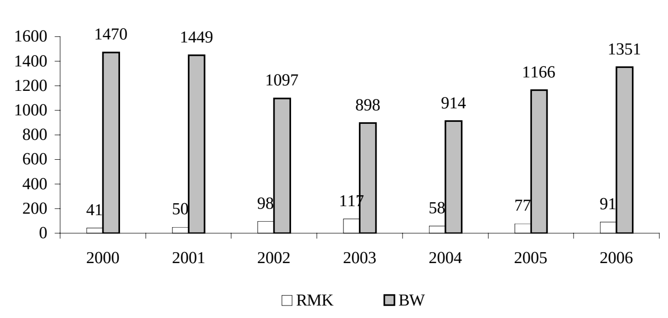
Die politische Kultur in der Region ist durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt.

Bei der von uns untersuchten Gegend handelt es sich um eine prosperierende Region, die keineswegs abwärts driftet. Die eher ländliche und kleinstädtische Gegend wird von mittelständischer Industrie geprägt, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, der Ausländeranteil ist im Vergleich zur angrenzenden großstädtischen Region niedrig und die regionale Kultur blüht. Trotzdem, und das ist das besondere, ist die untersuchte Region immer wieder auffällig geworden durch rechtsextreme Aktivitäten und auch unsere Studie zeigt, dass rechte Orientierungen (speziell autoritäre und nationalistische) vergleichsweise stark ausgeprägt sind. Unsere Untersuchung weist darauf hin, dass die politische Kultur insgesamt durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt ist. Rechtsorientierte Akteure können sich durch ihre Umgebung eher anerkannt fühlen und sie sind offenbar großteils gut in ihr Gemeinwesen integriert.

Eine starke lokale Orientierung begünstigt die Entwicklung rechter politischer Orientierungen. Lokale und segmentäre Orientierung verbunden mit starker Familien- und Cliquenbildung stellen einen Cocktail dar, der die Ausbreitung und Akzeptanz rechtsextremistischen Gedankenguts begünstigt.

Rechtsextremismus übt auf viele Jugendliche eine starke Faszination aus. Nichts deutet daraufhin, dass die Erklärung für Rechtsextremismus und rechte Orientierungen in der Region ein Desintegrationsproblem sein könnte. Verunsicherung, Orientierungslosigkeit, sich auflösende soziale Strukturen, um nur einige Desintegrationsphänomene zu benennen, scheinen hier keine Basis für rechte Orientierungen zu bilden. Auffällig ist stattdessen eine ausgeprägte lokale Orientierung, die sich in einem starken Bezug zur Heimat und Integration in die eher dörflichen und kleinstädtischen Milieus äußert. Die in unserer Untersuchung festgestellte lokale Orientierung steht in einem deutlichen Zusammenhang mit rechten politischen Orientierungen. Dieser empirische Befund verweist darauf, dass Lokalismus in der untersuchten Region eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung rechter Orientierungen ist. Die Rückkehr zum eigenen Ort, das heißt zum Lokalen kann als Gegenbewegung bzw. als Ergänzung zur Globalisierung betrachtet werden. In der Soziologie spricht man deshalb heute von „Glokalisierung“. Die lokale Orientierung verbindet sich mit einer starken segmentären Orientierung, d.h. dass die Beziehung zur eigenen sozialen Bezugsgruppe stark ausgeprägt ist. In diesen Gegenden hält man zusammen und ist auf Zusammenhalt angewiesen. Dazu gehören auch die engen emotionalen Bindungen an die Familie, die sich auch in einer großen Ähnlichkeit der politischen Orientierungen innerhalb der Familie äußern, insbesondere zwischen Jungen und Alten.

Abb. 4 Rechtsextremistische Straftaten: BW und RMK im Vergleich



Die soziale Bindung wird auch durch die sehr ausgeprägte Vereinskultur in der Region unterstützt. Die Bindung an die jeweiligen Bezugsgruppen wird durch eine stark ausgeprägte Suche nach Anerkennung gefördert. Die sich unter den jungen Menschen ausbreitenden rechten Orientierungen, in erster Linie Nationalismus und Autoritarismus, bilden eine Voraussetzung für das Eindringen von Rechtsextremismus und unterstützen ihn. Rechtsextremismus ist demnach nicht nur Bestandteil der politischen Kultur, sondern eine bestimmte politische Kultur ist auch Voraussetzung für den Rechtsextremismus in einer Region.

Wir konnten beobachten, dass der Rechtsextremismus heute auf viele Jugendliche eine starke Faszination ausübt, während andere ihn als normale Meinung betrachten, wodurch rechte Orientierungen unbemerkt eine Art Selbstverständlichkeit gewinnen.

Dazu trägt auch bei, dass der Nationalsozialismus zunehmend relativiert und zu einem historischen Mythos wird. Der Bezug zum Nationalsozialismus wird in den Diskursen der jungen Menschen über Rechtsextremismus in der Region stärker hergestellt als in den gängigen Rechtsextremismustheorien angesprochen. „Nazi“ war unter den befragten Jugendlichen zwar oft noch ein Schimpfwort, gleichzeitig ist aber eine wachsende gesellschaftliche Akzeptanz für die damit bezeichneten Akteure und ihre Einstellungen festzustellen. Gleichzeitig vermeidet aber die Mehrheit der jungen Menschen eine eindeutige politische Positionierung. Man will in der Mehrheit weder links noch rechts sein.

Die politische Kultur lässt sich zwar als eine allgemeine, d.h. durchschnittliche Stimmung charakterisieren, geprägt durch selbstverständlich geteilte politische Ansichten, sie ist jedoch in einer Region nicht einheitlich, sondern differenziert sich in verschiedene soziale Felder. Strukturelle Faktoren, wie Betrieb, Schule, Familie und Freizeit und soziale Faktoren, wie Geschlecht, Bildung und Herkunft haben eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung der politischen Kultur.

(...) Wir unterschieden in der Untersuchung zwischen Betrieb, Schule, Familie und Freizeit, soziale Faktoren wie Geschlecht oder Herkunft wurden einbezogen und wir berücksichtigten mögliche regionale Besonderheiten.

Die Betriebe, die junge Menschen ausbilden, scheinen nur wenig Möglichkeiten für die Verbreitung von rechten Orientierungen zu bieten. Dies könnte damit erklärt werden, dass in den Betrieben wenig Spielraum bleibt für die Ausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur. Dies liegt zum einen an dem „Produktionsimperativ“, der bewirkt, dass die Arbeitsauf-

gaben im Mittelpunkt stehen und alles, was damit nicht unmittelbar zu tun hat, zurückgedrängt wird.

Schulen sind solchen strukturellen Zwängen weniger ausgeliefert. Gerade in den heutigen Schulen, in denen die Lehrer nicht alles dominieren, entsteht offenbar ein ausgeprägtes soziales Eigenleben der Schüler, in dem sich unerkannt auch ideologisch geprägte Meinungen verbreiten können. Teilweise konnte beobachtet werden, dass die Position des „Nazis" beinahe schon wie eine Opposition gegen die politische Kultur der institutionellen Schule funktioniert. Die Lehrer üben sich dabei offenbar mehr am Wegsehen als am Aufarbeiten solchen Gedankenguts.

In den Familien gibt es keine institutionell vorgegebene politische Kultur, d.h. sie sind Teil der örtlichen Kultur und bilden diese auch aus. Innerhalb der Familien gibt es offenbar heute relativ wenig Differenz in Bezug auf politische Orientierungen. Die befragten Jugendlichen gaben an, dass ihre Eltern weitgehend ähnliche politische Orientierungen haben wie sie selbst. Diejenigen, die in der Familie die Benennungsmacht haben – und das müssen nicht nur die Eltern sein – prägen die politischen Orientierungen, die sich aufgrund der starken emotionalen Bindungen schnell und nachhaltig verbreiten und in der Familie zu einem fragwürdigen Konsens führen können.

Auf dem Feld der Freizeit spielen Vereine in der Region eine sehr große Rolle. Die Annahme, dass in Vereinen rechte Stimmungen generell einen günstigen Ort vorfinden, ließ sich nicht bestätigen. Im Durchschnitt unterscheiden sich die Vereinsmitglieder in ihren politischen Orientierungen nicht von den Nichtmitgliedern. Es gibt allerdings auch Vereine, das sind vor allem traditionsbezogene, die rechte Orientierungen zu fördern scheinen. Auffälliger als die Vereine sind nichtorganisierte Gruppen, die sich ihre eigenen Orte suchen, z.B. in Bauwägen, und die eine eigene politische Identität ausbilden. Bei deutschen Jugendlichen lassen sich eher rechte Stimmungen und Aktivitäten in solchen Gruppen feststellen.

Ihre besondere Bedeutung gewinnen sie daraus, dass sie unbemerkt ein politisches Milieu werden können und unter Umständen besonders in kleineren Ortschaften die lokale Jugendkultur dominieren können. Wir fanden Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen, nämlich zwischen männlichen und weiblichen jungen Menschen, zwischen Leuten mit geringer und mit höherer Schulbildung, zwischen Schülern und Arbeitnehmern und zwischen deutschen und nichtdeutschen Bewohnern.

Junge Frauen, höher Gebildete und Arbeitnehmer, sowie nichtdeutsche Jugendliche zeigten eine deutlich geringere Neigung zu rechten Orientierungen. Dies sind nicht nur statistische Gruppenunterschiede, sondern sie verweisen auf unterschiedliche Milieus, die sich in ihrer politischen Kultur unterscheiden. Die rechte Kultur ist offenbar ziemlich stark männlich geprägt, d.h., dass junge Frauen in ihrer eigenen Lebenswelt davon weniger fasziniert werden. Junge Menschen mit Migrationshintergrund verorten sich schon deshalb nicht so häufig politisch rechts, weil sie die Ausländerfeindlichkeit als Komponente des Rechtsextremismus kennen. Relativ unabhängig von dem Herkunftsland schließen sich häufig jugendliche Migranten zusammen und bilden ein eigenes Milieu, das sich von dem deutschen Milieu abzugrenzen versucht. In den Auseinandersetzungen zwischen Cliquen von Migranten und Cliquen von Deutschen, die in der untersuchten Region auch schon häufiger gewalttätig ausgetragen wurden, findet offenbar ein Aufschaukelungsprozess statt, in dem die einen sich eher links definieren, die anderen eher in die rechte Ecke gedrückt werden. Die Etikettierung als „Nazi" kann dabei teilweise die Identifikation mit rechtsextremen Einstellungen bei deutschen Jugendlichen fördern.

(...)

NPD-Einfluss wächst

In den letzten zehn Jahren hat sich das rechtsextreme Milieu stark ausdifferenziert. Der Einfluss von rechtsextremen Gruppen, speziell der NPD, hat sich stark erweitert.

Die Skinheads als Synonym für Rechtsextremismus haben offenbar ihre führende kulturelle Rolle verloren und sollten nicht mehr als Inbegriff des Rechtsextremismus dargestellt werden. Die verschiedenen rechten Gruppen teilen sich auf nach Musikstilen, Kleidung und versteckten Parolen. Neben den Skinheads spielen gewaltbereite Neonazis und autonome Nationalisten eine Rolle, die jeweils ihre eigenen Stile pflegen. Die jungen Frauen spielen in allen diesen verschiedenen Gruppen und Szenen eine Rolle, aber eher eine Nebenrolle. Es hat sich nicht nur eine Ausdifferenzierung in verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen Stilen entwickelt, sondern es hat sich auch der Einfluss von rechtsextremen Parteien, speziell der NPD, sehr stark erweitert. Die NPD hat in der Region eine eigene Jugendarbeit entwickelt, mit der sie den Bedürfnissen der Jugendlichen im ländlichen Raum besonders gerecht werden will. Sie versucht mit ihren Themen und Ansätzen in die verschiedenen sozialen Felder einzudringen und beachtet dabei die jeweiligen Voraussetzungen der Adressaten. Das Anknüpfen an unterschwellig weit verbreiteter Ausländerfeindlichkeit spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Der wichtigste Gesichtspunkt für die Beziehung zwischen Rechtsextremismus und sozialem Feld ist die Unterscheidung zwischen zwei Kategorien von rechtsextremen Milieus, nämlich zwischen Rechtsextremen diesseits und jenseits der roten Linie der Legalität. Die Rechtsextremen diesseits der roten Linie bemühen sich um Akzeptanz durch ihr Umfeld. Dies geschieht z.B. dadurch, dass sie sich ganz gezielt durch bürgerschaftliches Engagement in ihrer Gemeinde hervortun, sich öffentlich zu ihrer Gemeinde bekennen und in verschiedenen lokalen Organisationen Fuß zu fassen versuchen. Sie wollen durch vorbildliches Benehmen auffallen und bieten daher wenig Angriffspunkte bezüglich ihrer rechtsextremen Orientierung.

Die Rechtsextremisten jenseits der roten Linie, die sich illegal politisch betätigen oder straffällig werden, sind zwar teilweise selbst noch der Meinung, dass sie das „gesunde Volksempfinden" ihres Umfelds repräsentieren, sie haben jedoch die rote Linie der Akzeptanz überschritten und können nicht mehr mit Akzeptanz in den sozialen Feldern rechnen. Allerdings stehen diese beiden Arten von Rechtsextremisten miteinander in Verbindung, es besteht ein osmotisches Verhältnis zwischen den beiden möglichen Haltungen. Die rote Linie weist also eine gewisse Durchlässigkeit auf, die den Artikulationsformen des Rechtsextremismus je nach Bedarf eine Diffusion in die eine oder andere Richtung erlaubt. Es handelt sich also mehr um verteilte Rollen als um getrennte Gruppen.

In unserer Untersuchung konnten wir vier typische Gruppen unterscheiden, die jeweils eine andere Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus haben und damit eine jeweils andere Funktion im Rahmen der Entwicklung von rechten Orientierungen und im Verhältnis zu Rechtsextremismus übernehmen. Es sind dies die so genannten Individualisierten, die Kritischen, die Lokalorientierten und die Sympathisanten.

Die Individualisierten sind junge Menschen, die keineswegs durch rechte Orientierungen auffallen, sondern sich eher davon distanzieren. Sie schließen sich an andere kulturelle Stile an, z.B. an die Skater und sind deshalb selbst relativ immun gegen rechtes Gedankengut. Dadurch, dass sie sich sehr stark auf sich selbst konzentrieren, entsprechen sie dem Typ des Individualisierten wie er immer wieder von dem Soziologen Ulrich Beck beschrieben worden ist. Politisch bedenklich ist dabei, dass sie nur wenig bereit sind, Verantwortung für allgemeine Angelegenheiten des Gemeinwesens zu übernehmen. Es besteht unter ihnen die Meinung, dass es genügt sich selbst vom Rechtsextremismus abzuwenden. Damit ignorieren sie die gesellschaftliche und politische Dimension rechtsextremer Dynamiken und können so indirekt zur Verharmlosung des Phänomens und damit auch zu seiner Verbreitung beitragen. (...)

Die Kritischen stellen eine weitere Gruppe von Haltungen gegenüber dem Rechtsextremismus dar. Sie haben offensiv Positionen gegen den Rechtsextremis-

mus eingenommen und vertreten diese auch nach außen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie sich automatisch mit Migrantengruppen zusammentun oder solidarisieren. Sie verstehen sich eher als Antifaschisten und sind engagiert gegen rechts. Die Kritischen stellen ein sehr wichtiges Element in der politischen Kultur dar, da sie verhindern können, dass die politische Kultur insgesamt nach ‚rechts' kippt. (...)

Die Lokalorientierten betonen ihre Integriertheit in lokale Strukturen und lassen nichts Negatives bezüglich ihres Ortes oder ihrer Region gelten. Sie verteidigen quasi ihr Revier gegen fremde Einflüsse und betrachten deswegen alles Fremde mit skeptischem Blick. Mit dieser Haltung vertreten sie eine der Hauptanliegen der rechtsextremen Akteure, nämlich die Abwehr von Heterogenität und Internationalisierung und können so ungewollt zu ihren Verbündeten werden.

Die Sympathisanten in Bezug auf das rechtsextreme Milieu sind selbst zwar nicht dezidiert rechtsextrem und begehen auch keine rechtsmotivierten Straftaten, aber sie hegen offen oder verdeckt Sympathien für rechtsextreme Ideen und Akteure. Damit erfüllen sie aber eine Brückenfunktion zwischen Rechtsextremen und etabliertem unpolitischem Milieu. Insofern können sie eine nicht zu unterschätzende Unterstützung bei der Entstehung rechtsextremer Orientierungen leisten.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen des VIAK

Die Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, dass nicht die Existenz rechtsextremer Gruppen das eigentliche Problem darstellt, sondern eine politische Kultur, die eine Akzeptanz gegenüber dem Rechtsextremismus entwickelt.

Wenn „Nazi" unter den befragten Jugendlichen oft kein Schimpfwort mehr war, sondern ein faszinierendes Phänomen mit hoher gesellschaftlicher Attraktivität, stellt sich auch hier die Frage weshalb.

Gleichzeitig wird in der Studie festgestellt, dass sich der Einfluss von rechtsextremen Parteien, speziell der NPD, sehr stark erweitert. Deshalb unterstützt der VIAK auch die Initiative „nonpd" zum Verbot der NPD. Das Verbot der NPD könnte dazu beitragen, die Gewichtung in der politischen Kultur generell und damit auch im RMK zu verändern.

Die in der Untersuchung festgestellte lokale Orientierung steht in einem deutlichen Zusammenhang mit rechten politischen Orientierungen.

Dieser empirische Befund verweist darauf, dass Lokalismus im Rems-Murr-Kreis eine entscheidende Voraussetzung ist für die Entwicklung rechter Orientierungen. Daraus muss der Schluss gezogen werden, dass die lokalen Organisationen und Ebenen in eine „politische Gegenkultur" einbezogen werden. Breite lokale Strukturen haben z. B. die Kirchen, die Sportvereine, die Feuerwehr, das DLRG, das Rote Kreuz und vor allem die Kommunen selbst. Wir werden als Verein die Studie als Ausgangspunkt nehmen, um mit diesen Organisationen Verbindung aufzunehmen.

In den Schulen entsteht offenbar ein ausgeprägtes soziales Eigenleben der Schüler, in dem sich unerkannt ideologisch geprägte Meinungen verbreiten können. Wenn die Position des „Nazis" beinahe schon wie eine Opposition gegen die politische Kultur der institutionellen Schule funktioniert, muss dies auch die GEW und AJL interessieren. Für Lehrer werden wir spezielle Angebote machen um die Studie vorzustellen und zu diskutieren, welche Schlussfolgerungen und Handlungsmöglichkeiten es für dieses soziale Umfeld gibt.

Damit sind für einen kleinen Verein wie der VIAK viele interessante Ansatzpunkte beschrieben, wie wir das Thema in den kommenden Monaten weiter entwickeln möchten. ■

Frankreich:

Der Front National versucht sich unter der Präsidentschaft Sarkozy zu positionieren

Es ist nicht leicht, sich als Oppositionskraft (die soeben eine herbe Niederlage bei Wahlen erlitten hat) gegenüber einer neuen Regierung zu profilieren, die den eigenen Wählern verspricht, viele ihrer Hoffnungen und Erwartungen zu erfüllen – während man selbst nur ohnmächtig Reden schwingen kann. Dies gilt auch für eine rechtsextreme Partei, die soeben von ihren bisherigen Wählern eine unverkennbare Abfuhr erteilt bekam, während die neuen politischen Machthaber ihnen unverhohlene Avancen machen. Ihre langjährigee Wahl- bzw. „Protestmotive" werde man endlich ernst nehmen, ohne freilich die „verbalen Ausrutscher" und „Exzesse" Jean-Marie Le Pens zu wiederholen und ohne sich seine „unfruchtbare Haltung der Daueropposition" zu eigen zu machen: Dies stellt die neue konservative Regierung den früheren Wählern des Front National (FN) in Aussicht. Im Moment hat dies der französischen extremen Rechten erhebliche Rückschläge beschert, zunächst bei den Präsidentschaftswahlen am 22. April (erste Runde), dann auch im ersten Durchgang der Parlamentswahlen im Juni. Nun ist die Frage aufgeworfen, wie es sie strategisch in naher Zukunft für sie weitergeht.



Zwei unterschiedliche strategische Linien zeichnen sich bei der Lektüre der jüngsten Ausgaben der rechtsextremen Presse ab. In ihrer Nummer vom Mittwoch, 4. Juli legt die Wochenzeitung ‚Minute', die auf einer Scharnierposition zwischen dem FN und bestimmten Segmenten der bürgerlich-konservativen Rechten angesiedelt ist, eine Art von Strategie der „konstruktiven Opposition" an den Tag. Kritisiert wird von ihr die „Strategie der Öffnung" von Präsident Sarkozy und Premierminister François Fillon, die darin besteht, der Sozialdemokratie als größter Oppositionspartei systematisch Personal abzuwerben. (Prominente Figuren aus ihren Reihen werden entweder mit Ministerien, wie Bernard Kouchner, und Staatssekretariaten oder aber mit thematischen „Missionen" wie Ex-Außenminister Hubert Védrine zu betraut; nunmehr will Sarkozy auch den neoliberalen früheren Wirtschaftsminister der „Sozialisten" von 1997 bis 99, Dominique Strauss-Kahn, an die Spitze des IWF befördern helfen.). Die damit verbundene Absicht Sarkozys lautet, auf längere Sicht hinaus jeden Regierungswechsel zu blockieren und zu verhindern, indem die stärkste Partei der Parlamentsopposition in eine langjährige schwere Krise gestürzt wird. ‚Minute' freilich interpretiert diese Strategie als angeblichen „Linksruck" der neuen Regierung. Was natürlich eine krasse, aber wohl bewusste Fehlinterpretation darstellt.

Die Interviewpartnerin der Woche ist die Vorsitzende der traditionsreichen reaktionären Mittelstandspartei CNI (Nationales Zentrum der Selbstständigen), Annick de Roscoat. Das CNI war historisch einmal eine sehr bedeutende Partei (mit dem Namenszusatz „und der Bauern", was das Kürzel CNIP ergab), vor allem in den →

1950er Jahren, als es mehrere Strömungen – von bürgerlich über „salonfähig aber Vichy-belastet“ bis zu ihrem damaligen jungen Abgeordneten Jean-Marie Le Pen in den Jahren 1958 bis 62 – in seinem Inneren beherbergte. Später wurde es zur Schrumpfformation, die aber in den 80er Jahren noch die Aufgabe erfüllte, eine potenzielle Brücke zwischen dem konservativen Bürgerblock und der extremen Rechten zu bilden. Aktuell zählt das CNI zwei Abgeordnete im französischen Parlament, unter ihnen der wegen homophober Äußerungen gerichtlich verurteilte und wegen seiner pro-kolonialistischen Auslassungen berüchtigte Christian Vanneste aus dem Raum um Lille, der zugleich aktiv Nicolas Sarkozy als Präsidentschaftskandidaten unterstützte.

Nach den Worten seiner Vorsitzenden wäre das CNI gerne in die Regierung eingetreten, durfte aber nicht, weil Nicolas Sarkozy die Präsenz der Schrumpfpartei als rufschädigend betrachtet hätte („Ich hoffte nicht darauf, befördert zu werden, da ich sicherlich zu reaktionär bin“, merkt die Vorsitzende sarkastisch an). Es bleibt der Parteivorsitzenden anzumahnen, dass „der rechten Wählerschaft Versprechungen gemacht worden sind, auf deren Einhaltung wir wachen werden“. Ferner fordert sie, der Familie – der sträflicherweise kein eigenes Ministerium in der neuen Regierung gewidmet worden sei – müsse verstärkte Beachtung gewidmet, und die angebliche öffentliche Förderung bzw. Anerkennung homosexueller Lebensstile eingestellt werden.

Dagegen wird der von Sarkozy ernannte „Minister für Einwanderung, Integration und nationale Identität“ Brice Hortefeux kritisiert: Dieser habe zwar lobenswerter Weise der „illegalen Einwanderung“ den Kampf angesagt, aber zugleich den „legalen Zuwanderern“ in Aussicht gestellt, er werde ihnen ein guter Minister sein. Solche Äußerungen erregen das Missfallen der Redaktion von ‚Minute‘. Allerdings zeichnet sich nicht ab, dass sie eine Strategie der radikalen Fundamentalopposition gegen die von Sarkozy ernannte Regierung einschlüge. So lobt die Zeitung auf derselben Seite die neue Wirtschaftsministerin Christine Lagarade (real eher eine Vertreterin der globalisierten Eliten, und ehemalige Chefin einer riesigen Kanzlei von Wirtschaftsanwälten in Chicago/USA, denn eine Anhängerin nationalistischer Schimären), freilich für das eher belanglose Detail, dass Lagarde gegen die Feminisierung ihrer Amtsbezeichnung eingetreten sei. Denn sie wollte lieber „Madame LE ministre“ und nicht „Madame LA ministre“ heißen.

Auf etwas andere Weise positioniert sich die parteinahe Wochenzeitung ‚National Hebdo‘ (40 % der Kapitalanteile gehören dem FN) in ihrer Nummer vom Donnerstag, 5. Juli. In ihren Spalten wird in stärkerem Maße an Unzufriedenheit und Ressentiments gegen die neue Regierung gekehrt. Auf der Titelseite wird Sarkozy, aufgrund seiner „Öffnungs“stragie, als kleinwüchsiges gefräßiges Monstrum mit hochrotem Kopf karikiert: „Der Sarkofresser mampft alles auf seinem Wege auf!“ Im Blattinneren findet sich ein seitenlanger Artikel zum Thema von der eher feuilltonmäßig schreibenden Redakteurin Béatrice Perreire.

Darin werden auch die Äußerungen der CNI-Vorsitzenden de Roscoat aus ‚Minute‘ vom Vortag zitiert und wohlwollend wiedergegeben. Allerdings ist der Tonfall der FN-eigenen Wochenzeitung insgesamt ein anderer als bei ‚Minute‘. So wird in dem Artikel auch versucht, soziale Unzufriedenheit in der üblichen Mischung mit Sozialneid und Missgunst gegenüber Einwanderern sowie demagogischem Pseudo-Antikapitalismus zu (re)mobilisieren, und sowohl gegen die neue Regierung als auch die vaterlandslosen Vertreter des Großkapitals zu lenken. So wird behauptet: „Brice Hortefeux, der unwahrscheinliche Minister mit einem schwachsinnigen Titel (…) wurde bereits durch die Bosse des CAC 40 (Anm. BhS: Aktienindex der 40 größten börsennotierten französischen Unternehmen), die finanzkräftigen Sponsoren Nicolas Sarkozys, dazu ermahnt, noch mehr Immigranten aufzunehmen. Und er hat natürlich akzeptiert; warum sollte man einen französischen Werktätigen anständig bezahlen, wenn man sich zum selben Preis zwei Polen, fünf Rumänen oder zwanzig Malier gönnen kann?“ Eine Behauptung, die selbstverständlich nichts mit der realen Politik zu tun hat, denn die hier geschilderte Einwanderung ist „illegalisiert“ (und genau deswegen rechtlos und darum verschärfter Ausbeutung ausgesetzt!), während die zwischen Großkapital und Regierung diskutierte Öffnung für „legale“ Zuwanderung lediglich hochqualifizierte Gruppen oder sog. Mangelberufe betrifft.

Und weiter im Text: „Im Moment sind die einzigen Wahlversprechen, die Nicolas Sarkozy einzuhalten im Begriff ist, jene, die er den wohlhabendsten seiner Wähler abgegeben hat. (Weitgehende Abschaffung der, Anm. BhS) Großvermögenssteuer ISF, Erbschaftssteuern… (…) Es ist also kein Zufall, wenn die reichen Rentner an der Côte d’Azur ihm ihre Stimme gegeben haben, während die Enterbten des (Anm. BhS: früheren Bergbaureviers) Pas-de-Calais die ihren lieber… Marine Le Pen gegeben haben.“ (vgl. vorige Ausgabe der AN.)

An diesen Punkten glaubt die rechtsextreme Wochenzeitung den Hebel für eine künftige Strategie ansetzen zu können: „Man wird ferner feststellen, dass die berühmte ‚Öffnung‘ (Anm. BhS: d.h. die Aufnahme verkrachter Sozialisten und Karrieristen von der ‚Linken‘ in die Regierung durch Sarkozy) auch hin zu den Kräften auf der Rechten der UMP, ja sogar hin zu den Kräften rechts von der Rechten der UMP hätte erfolgen können. Es ist nicht der Fall gewesen. Also, wenn man näher darüber nachdenkt, welche ist die letzte Opposition(skraft), die glaubwürdig bleibt – wenn nicht jene, die der Front National verkörpert? Es bleibt, den Fortgang der Dinge zu sehen: Es gibt historische Chancen, die nicht zu ergreifen kriminell wäre.“

Abzuwarten bleibt ferner, ob sich nicht eine Strömung innerhalb des FN „jenseits parlamentarischer Hoffnungen“ radikalisiert (obwohl oder auch weil dessen Aktivistenbasis seit der Parteispaltung von 1998/99 und der Durchsetzung des Alleinherrschaftsanspruchs von Jean-Marie Le Pen erheblich ausgedünnt ist) – u.U. in Richtung militanter Strömungen. Eine solche stellen etwa die ‚Identitaires‘ dar, die aus der 2002 verbotenen stiefelfaschistischen Sammlungsbewegung ‚Unité Radicale’ hervorgingen. Bei den jüngsten Parlamentswahlen stellten die Identitaires ein paar Kandidatenlisten auf, bspw. in mehreren Wahlkreisen von Nizza in Zusammenspiel mit Bruno Mégrets (ansonsten quasi klinisch toten) MNR, wo sie jeweils etwas über 2 Prozent erhielten. Das militante Spektrum machte sich zuvor – in der zweiten Maiwoche 2007 – auch in Paris bemerkbar, wo 400 bis 500 martialisch ausstaffierte Anhänger der militanten Szene unter manifestem Polizeischutz „zum Gedenken an Sébastien Deyzieu“ aufmarschierten. Der gleichnamige junge Mann hatte sich, anlässlich einer Neonazi-Demonstration im südlichen Zentrum von Paris, am 8. Mai 1994 einer polizeilichen Personenkontrolle entziehen wollen und war dabei (tödlich) aus einem Fenster im vierten Stock gestürzt.

Die Altkader des FN, die sich der Linie der „Modernisierer“ um die Cheftochter Marine Le Pen widersetzen, befürworten in jüngerer Zeit zunehmend die Idee einer „Föderation“ unterschiedlicher rechtsextremer Strömungen, welche im Mai 2007 durch die Monatszeitschrift ‚Le Choc du mois’ lanciert worden ist (wir berichteten). Dabei rechnen sie auch die ‚Identitaires‘, neben den Rechtskatholiken um Philippe de Villiers, welch letztere aber wohl kaum für diese Idee zu gewinnen sein werden (sondern ein strategisches Plätzchen am rechten Rand des regierenden Bürgerblocks bevorzugen), mit zu den „zu föderierenden“ Strömungen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Wie die Nazionalzeitung Nr. 27 vom 29. Juni meldete, ist Le Pen von Sarkozy empfangen worden. Man habe „etwa eine halbe Stunde lang über die Ausrichtung französischer EU-Politik diskutiert.“ Le Pen habe anschließend berichtet, man sei auf „große Meinungsverschiedenheiten“ gestoßen, aber den Empfang selbst habe er als „demokratische Geste“ empfunden. Kommentar der NaZe: „Natürlich erhofft sich der mit allen Wassern gewaschene Polit-Profi mit solchen Gesten eine Schwächung Le Pens. dennoch würde man sich eine solch politische Ausgewogenheit ... auch für die Bundesrepublik wünschen.“

Deutschland wird unattraktiver, kälter und integrationsfeindlicher

BERLIN. Am 6. Juli wird sich der Bundesrat mit dem Gesetzentwurf zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union befassen. Der in der Öffentlichkeit eher als „Zuwanderungsänderungsgesetz“ bekannte Entwurf trägt das Stigma der Verfassungswidrigkeit. Dies haben in der parlamentarischen Debatte im Bundestag und in einer Reihe persönlicher Erklärungen auch viele Abgeordnete der Regierungskoalition erklärt. Dennoch wird der Bundesrat vermutlich den Weg freimachen für ein Gesetz, das Deutschland für Ausländer, zum Teil aber auch für Inländer, unattraktiver, kälter und integrationsfeindlicher macht.

Nach Auffassung von PRO ASYL löst der Gesetzentwurf das Problem der langjährig in Deutschland Geduldeten nur zu einem kleinen Teil, verschärft aber gleichzeitig die ausländerrechtlichen Probleme vieler anderer Migranten und Flüchtlinge. Mehr als 60 SPD-Kritiker des Entwurfes hatten im Bundestag eine lange Mängelliste vorgetragen und ihre Zustimmung zum Gesetz auf einen einzigen Aspekt gestützt: Die Bleiberechtsregelung mache die Zustimmung aus humanitären Gründen letztendlich erforderlich. PRO ASYL hält dies nicht für überzeugend, denn selbst die im Gesetzentwurf enthaltene Bleiberechtsregelung wird aufgrund massiver Mängel nur eine Minderheit der Langzeitgeduldeten begünstigen.

Das Gesetz ist eine Mogelpackung. Unter dem Deckmantel der Umsetzung von elf EU-Richtlinien wurden die in ihnen enthaltenen Möglichkeiten nicht zugunsten der Betroffenen ausgeschöpft. Stattdessen wurden alle Optionsmöglichkeiten zur Einschränkung von Rechten genutzt, wie dies auch viele SPD-Abgeordnete in einer persönlichen Erklärung zur Bundestagsdebatte formuliert haben.

Mit einer auf einen Stichtag bezogenen Altfallregelung, die viele Ausschlusstatbestände enthält, wird das Dauerproblem der sogenannten Kettenduldungen nicht gelöst. Deshalb steht die nächste Bleiberechtsdebatte zwangsläufig an. Dies haben auch Bundestagsabgeordnete in der Debatte illusionslos diagnostiziert.

Trotz sinkender Einbürgerungszahlen werden die Hürden für die Einbürgerung – absurderweise sogar für junge Menschen – erhöht. Abseits demonstrativer Integrationsgipfelei verspielt man Deutschlands integrative Zukunft.

Den Opfern von Zwangsverheiratungen gilt das Mitgefühl der Regierungskoalition, ausländerrechtlich allerdings folgenlos. Wenn sich die Betroffenen der Zwangsehe entziehen wollen, sieht das Gesetz nicht die notwendige verbesserte Möglichkeit einer Rückkehr der in das Ausland verbrachten Opfer nach Deutschland vor.

Die türkischen Medien haben zu Recht den antitürkischen Charakter des Gesetzentwurfes kritisiert. Ganz besonders gilt dies für den Nachweis von Sprachkenntnissen nachziehender Ehegatten vor der Einreise. Dass die Bundesregierung bei Ländern wie den USA, Kanada, Israel und Japan darauf verzichtet, hat die Bundesregierung mit einem selbstbewussten Bekenntnis zur Diskriminierung begründet: „Die Privilegierung ist dadurch gerechtfertigt, dass der Zuzug der Angehörigen dieser Staaten im besonderen migrationspolitischen Interesse Deutschlands liegt“ (BT-Drucksache 16/5498). Nach der Bundestagsdebatte titelte die türkische Zeitung Hürriyet die Überschrift: „Schäm Dich SPD, was ist das für ein Gesetz?“.

SPD-Abgeordnete, die gegen das Gesetz gestimmt haben, haben dies auch begründet mit der Verschärfung des Familiennachzugs und der „eindeutigen Diskriminierung, die hinter dieser Regelung steht“ sowie daraus herrührenden Zweifeln an der Verfassungskonformität. Der Frankfurter SPD-Abgeordnete Gregor Amann, der den Gesetzentwurf für „klar verfassungswidrig“ hält, hat darauf hingewiesen, dass es viele der 2,3 Millionen binationalen Ehen in Deutschland nach den neuen Vorschriften nicht geben würde.

Geradezu gespensterhaft wirkt vor dem Hintergrund dieser neuerlichen Verschärfungsrunde im deutschen Ausländerrecht die Debatte darüber, wie Deutschland für Hochqualifizierte aus dem Ausland attraktiver werden kann. Zur Attraktivität eines Landes gehört eine Offenheit, die sich abseits ritualisierter Integrationsdebatten in Rechtssicherheit für (potentielle) Migrantinnen und Migranten niederschlägt. Deutschland befindet sich hierzu auf Gegenkurs.

PM Pro Asyl, gez. Bernd Mesovic, Referent, http://www.proasyl.de ■

Guinea-Anhörungen in Braunschweig

NIEDERSACHSEN. Aus einer „Anordnung der Teilnahme an der Sammelvorführung für guineische Staatsangehörige in Braunschweig“, geht hervor, dass in Braunschweig vom 16.7.2007 bis zum 27.7.2007 so genannte „Guinea-Anhörungen“ stattfinden werden. Ähnliche Anhörungen fanden bereits 2005 in Hamburg und Anfang 2006 in Dortmund (sowie zuletzt auch in der Schweiz) statt und weisen darauf hin, dass von diesen Vorführungen wieder bundesweit Flüchtlinge aus Afrika betroffen sein werden.

Die Termine und näheren Umstände der bisherigen Sammelabschiebungen nach Afrika sind auf der Internetseite des Hamburger Flüchtlingsrates www.fluechtlingsrat-hamburg.de nachzulesen. Dabei wurden immer auch Flüchtlinge aus verschiedenen Bundesländern vorgeladen, die nach eigenen Angaben teilweise auch aus anderen afrikanischen Ländern stammten.

Was von solchen „Identifizierungen“ zu halten ist, ging schon aus offiziellen Stellungnahmen hervor: Laut Aussage des Leiters der Zentralen Ausländerbehörde Dortmund entschied die Delegation aus Guinea „aufgrund der Aussprache und der Gesichtsform“ über die guineische Staatsangehörigkeit (Welt, 7.4.06). Wie in der Folge von Flüchtlingen aus Guinea und deren Rechtsanwalt gegenüber der Presse erklärt wurde, war der Leiter der guineischen Delegation, die sowohl in Hamburg, in Dortmund als auch später in der Schweiz war, N’Faly Keita, in Guinea selbst als Schleuser bekannt. Er beschaffte dort Guineern gefälschte Papiere, brachte sie nach Europa und nahm ihnen die Papiere wieder ab, sobald der „Zielort“ erreicht war. Die Skandalisierung und breite Berichterstattung in der lokalen Presse über diese „Doppelfunktion“ des Leiters der guineischen Delegation führte jedoch nicht dazu, dass die Gültigkeit der von ihm ausgestellten Papiere infrage gestellt wurde.

Selbst wenn diesmal die guineische Delegation ohne ihren vorherigen Leiter anreisen sollte, bleibt das Verfahren mehr als zweifelhaft: Dass mit den „Identifizierungen“ solche Delegationen gegen entsprechende finanzielle Entlohnung dem deutschen Staat eine „Gefälligkeit“ erweisen, ist deutlich. Das Verfahren hat sich als sichere Möglichkeit erwiesen, eine Abschiebung von Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern durchzusetzen, die keine Papiere haben und/oder denen die Botschaft keine ausstellt. So soll in Dortmund selbst jemand, der zwar erschienen ist, aber bei der Vorführung kein Wort gesagt hat, als Guineer „erkannt“ worden sein.

Versuche, gegen das Erscheinen vor der Delegation juristisch vorzugehen, waren nur in wenigen Fällen erfolgreich. Mit

den (bisher noch nicht in Kraft getretenen) Änderungen des Aufenthaltsgesetzes werden die Delegationsvorführungen nun nachträglich legitimiert: § 82 (4) wird dahingehend ergänzt werden, dass auch das Erscheinen vor „ermächtigten Bediensteten des Staates“ (bisher nur bei der „zuständigen Behörde und den Vertretungen des Staates“) angeordnet werden kann.

Die uns vorliegende „Anordnung“ enthält eine Mischung aus Fehlinformationen und Drohungen. Die Mitglieder der Delegation – denn darum handelt es sich nun wahrscheinlich wieder einmal – werden als „Angehörige der guineischen Botschaft“ bezeichnet: „In der Zeit vom 16.7.2007 bis zum 27.7.2007 findet eine Sammelvorführung für guineische Staatsangehörige durch die Zentrale Ausländerbehörde Dortmund in Braunschweig statt. Dabei werden Mitarbeiter der guineischen Botschaft Ihre Angaben zu Ihrer Herkunft überprüfen und Sie bei der Passbeschaffung unterstützen.“ Das Erscheinen vor dieser Delegation führt in der Regel zur Abschiebung. Alle, die nicht aus irgendwelchen Gründen eine Aussicht auf einen sicheren Aufenthalt haben, sollten sich dem daher möglichst entziehen.

Initiative gegen Rassismus und Ausgrenzung Dortmund ■

Freiheit für Binali Yildirim!

GÖTTINGEN. Die Rote Hilfe protestiert gegen die anhaltende Inhaftierung von Binali Yildirim, der in der BRD als politischer Flüchtling anerkannt ist, und fordert seine sofortige Freilassung. Der 34-jährige Kurde war am 29. Mai 2007 auf Gesuch von Interpol während einer Ferienreise mit seinem Fußballverein von den spanischen Behörden verhaftet worden und befand sich mehrere Tage in Isolationshaft, die inzwischen aufgehoben wurde. Den Hintergrund der Festnahme liefert ein Auslieferungsgesuch der türkischen Regierung, die Binali Yildirim die Beteiligung an mehreren Anschlägen der kommunistischen Guerilla TIKKO (Türkische Arbeiter und Bauern Befreiungsarmee) vorwirft. Yildirim wurde in der Türkei 1995 verhaftet und verbrachte bereits sieben Jahre in türkischen Gefängnissen. In Folge eines 78-tägigen Hungerstreiks gegen die Isolationshaftbedingungen in türkischen Gefängnissen verschlechterte sich sein Gesundheitszustand derart, dass er zeitweise freikam. Während dieser Haftaussetzung gelang Binali Yildirim die Flucht nach Deutschland, wo er gemeinsam mit seiner Familie einen kleinen Laden betreibt und als politischer Flüchtling anerkannt ist.

Die Rote Hilfe e.V. solidarisiert sich mit den internationalen Protesten gegen Binali Yildirims Inhaftierung und fordert seine sofortige Freilassung.

Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. ■

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg entscheidet überraschend über den Asylantrag von Imam-Jonas Dögüs

Der Rostocker, Imam-Jonas Dögüs, hat seinen Hungerstreik, den er am 25.6.2007 vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg begann, beendet.

Am Vormittag des 27. Juni 2007 lehnte das Bundesamt den Asylantrag von Imam Jonas Dögüs auf erschreckend zynische Weise, mit zum Teil unhaltbaren Begründungen ab. Die Begründung für diesen Negativbescheid hält Dögüs' Anwalt Thomas Wanie: „... für nicht gerichtsfest und rechtlich nicht durchhaltbar.“ Er hat beim Verwaltungsgericht Schwerin Klage gegen diesen Bescheid eingereicht.

Es erwächst der Eindruck, dass sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit dieser Ablehnung auf schnelle Art und Weise eines „Problems“ entledigt hat. Imam-Jonas Dögüs selbst hält diese Entscheidung für eine politische Entscheidung:

„Mir zeigt sich das Bild, dass diejenigen, die zu Recht gegen die Verzögerungstaktik des Bundesamtes protestieren, mit fadenscheinigen Begründungen eine Ablehnung ihres Asylantrages bekommen. Was würde das auch für ein Bild in der Öffentlichkeit abgeben, wenn jemand, der jahrelang auf eine faire und gerechte Entscheidung wartet und immer wieder vertröstet wird und dann den Druck auf das Bundesamt mittels eines Hungerstreiks erhöht, auch noch eine positive Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erhält. Dieses Beispiel durfte auf keinen Fall Schule machen, denn sonst würden vielleicht noch viele andere Wartende vor dem Bundesamt protestieren.“ so Dögüs weiter.

Während ihm am Nachmittag des ersten Tages seines Hungerstreiks von einem Bundesamtsmitarbeiter eine schnelle Bearbeitung seines Falles innerhalb eines Monates versprochen wurde, verkürzte sich die prognostizierte Bearbeitungszeit am Abend des 1.Tages bereits auf zwei Wochen. Am zweiten Tag versuchten Mitarbeiter des Bundesamtes über das Einschalten der Polizei und der Nürnberger Verkehrsbetriebe, sowie Telefonate mit seinem Anwalt Imam-Jonas Dögüs zur Aufgabe seines Hungerstreikes zu bewegen. Nachdem auch das nicht fruchtete, wurde am dritten Tag, nur 40 Stunden nach Beginn seines Protestes, über seinen Antrag mit einer Ablehnung entschieden.

Imam-Jonas Dögüs beendete seinen Hungerstreik, aber der Kampf um eine Anerkennung als politisch verfolgter Flüchtling geht weiter.

Rostock, 29.06.2007
Ökohaus e.V. Rostock
Antirassistische Initiative Rostock
Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Europäisches Bürgerforum
No-Lager-Netzwerk Mecklenburg-Vorpommern ■

Hintergrundinformationen:

Herr Dögüs ist Kurde aus der Türkei. Auf Grund seiner politischen Arbeit wird er in der Türkei mehrfach verhaftet und massiv gefoltert.1995 wird er vom türkischen Staatssicherheitsgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Bis Mai 1999 lebt er illegal in der Türkei und muss dann, weil die Situation für ihn immer gefährlicher wird, die Türkei verlassen. In Griechenland wird sein Asylantrag nicht bearbeitet, Herr Dögüs soll in die Türkei abgeschoben werden. Er flieht weiter nach Deutschland und stellt in Deutschland einen Asylantrag. Auf Grund der Drittstaatenregelung wird sein Asylantrag abgelehnt und die Rückschiebung nach Griechenland angeordnet. Aus Angst, von Griechenland direkt in die Türkei abgeschoben zu werden, gewährt im Februar 2000 eine Kirche in Rostock Herrn Dögüs Kirchenasyl. Auf Grund seines schlechten gesundheitlichen Zustands und seiner Reiseunfähigkeit erhält er 2003 eine Duldung. Dennoch droht ihm die Rückschiebung nach Griechenland. Erst nachdem Griechenland im Sommer 2005 dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitteilt, dass sie Herrn Dögüs nicht wieder aufnehmen werden, fühlt sich Deutschland für die Durchführung des Asylantrages zuständig.

Am 6.9.2005 erfolgt in der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nostorf Horst eine erneute Anhörung zu den Asylgründen von Herrn Dögüs. Am 9.1.2006 fragt der Anwalt von Herrn Dögüs erstmalig beim Bundesamt an, wann mit einer Entscheidung gerechnet werden kann. Weitere Anfragen erfolgen in regelmäßigen Abständen. Im Juli 2006 erfolgt dann die Antwort des Bundesamtes, dass im August 2006 mit einer Entscheidung gerechnet werden kann. Bei einer telefonischen Nachfrage im September 2006 wird durch das Bundesamt eine Entscheidung bis Ende Oktober 2006 angekündigt. Diese Frist wird vom Bundesamt bis Ende 2006 verlängert. Auf die erneute Anfrage des Anwaltes Anfang März 2007 erfolgt keine Antwort. Im April 2007 wendet sich, auf Bitten von Herrn Dögüs, der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. an die Außenstelle des Bundesamtes in Nostorf/Horst mit der Bitte um Entscheidung. Telefonisch wird vom Bundesamt eine Entscheidung bis zum 15.6.2007angekündigt. Der Termin wird dann noch einmal um eine Woche verlängert. Am 21.6.2007 erfolgt eine erneute telefonische Anfrage durch den Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. Dieser erhält aber nur die Antwort, dass über das Verfahren noch nicht entschieden wurde. Am 22.6.2007 teilt das Bundesamt Nürnberg dem Anwalt mit: „Angesichts der schon langen Verfahrensdauer bin ich bemüht, umgehend zu entscheiden.“

Herr Dögüs glaubt den Versprechungen des Bundesamtes nicht mehr und will seiner Forderung nach einer Entscheidung über sein Asylverfahren mit dem Hungerstreik Nachdruck verleihen.

Tod in Abschiebehaft

FRANKFURT. Am Morgen des 27.6.2007 hat sich Mustafa Alcali in Abschiebehaft in der Justizvollzugsanstalt in Frankfurt das Leben genommen. Der Abschiebehaft war eine Zwangseinweisung wegen Eigengefährdung in das psychiatrische Krankenhaus in Hanau vorausgegangen und anschließend in das Justizvollzugskrankenhaus in Kassel. Mustafa hatte mit Selbstmord gedroht.

Als er auf Beschluss eines Hanauer Richters nach Kassel verbracht werden sollte, versuchte der behandelnde Arzt vom psychiatrischen Krankenhaus Hanau dies zu verhindern, fand aber kein Gehör. Er hatte akute Schizophrenie bei Mustafa attestiert. In Fesseln wurde dieser nach Kassel verbracht. Im dortigen Justizvollzugskrankenhaus wurde die Diagnose nicht akzeptiert. Mustafa Alcali wurde als Simulant eingestuft. Man nahm ihm sogar die Medikamente weg.

Zur Vorgeschichte: Nach Kämpfen zwischen PKK und türkischen Militär und dem Tod des Familienvaters war Frau Alcali mit vier Kindern vor etwa 15 Jahren nach Deutschland gekommen und hatte hier Asyl beantragt. Mustafa kam als junger Mann zur PKK. In ihrem Auftrag ging er von Deutschland aus in den Iran, um sich ausbilden zu lassen. Dort wurde er aufgegriffen und an die Türkei ausgeliefert. Er hat im Gefängnis schreckliche Dinge erlebt, die ihn auch hier immer wieder verfolgten und die er auf keinen Fall noch einmal aushalten konnte, wie er sagte. Diese Erlebnisse haben ihn, auch für Laien offensichtlich (nicht aber für die deutschen Behörden), traumatisiert.

Nach seinem Gefängnisaufenthalt sollte er Dienst leisten für ein Militär, das er für den Tod seines Vaters verantwortlich machte. Er desertierte und kam zurück zu seiner Familie nach Deutschland. Hier stellte er Asylantrag. Da Desertion kein Asylgrund ist und das Gericht ihm seine Darstellung von seiner Zwangslage zwischen PKK und türkischen Behörden nicht glaubte, wurde der Antrag abgelehnt. In seiner Jugendzeit war er einmal an einer Schlägerei beteiligt, was ihm eine Jugendstrafe wegen Körperverletzung einbrachte. Diese war jetzt dafür verantwortlich, dass er nicht unter das neue Bleiberecht für Flüchtlinge fiel. Eine Vorstrafe, auch wenn sie in der Jugend begangen wurde, ist ein Ausschlussgrund.

Obwohl sich der Verein Internationales Zentrum Friedberg, in dem er viele Aktionen tatkräftig unterstützt hatte, immer wieder für ihn einsetzte, wurde die Luft zum Atmen für ihn dünner. Er hatte eine junge Frau kennen gelernt, die er heiraten wollte. Das hätte ihm auch ein Aufenthaltsrecht gebracht. Das Paar hatte bereits einen Hochzeitstermin bekannt gegeben, der dann aber wegen Problemen mit den Papieren nicht zustande kam. Die zentrale Ausländerbehörde Darmstadt hatte ihn dann für einen Sammeltransport in die Türkei vorgesehen, den er mit der Androhung seiner Selbstanzündung verhindern konnte. Jedem, der es hören wollte, machte er immer wieder klar, dass er niemals lebend in die Türkei abgeschoben werden würde. Sein Rechtsanwalt wusste von seiner Zwangslage und stellte im Juni noch einen Asylfolgeantrag, der aber vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Gießen abgelehnt wurde. Als er dann von Kassel nach Frankfurt gebracht wurde, stand seine Abschiebung unmittelbar bevor und Mustafa sah keinen anderen Ausweg mehr als den Freitod.(...)

Wir fragen uns, warum einem Menschen, der offensichtlich krank und traumatisiert war, kein anderer Ausweg als der Selbstmord bleiben kann in einem Land, das stolz auf ist auf seinen Einsatz für die Menschenrechte. Sich auf die besonderen Schicksale von Flüchtlingen einzulassen, ist in dieser Gesetzgebung nicht vorgesehen. Das wäre aber für die Durchsetzung der Menschenrechte für Flüchtlinge in Deutschland unerlässlich. Sein Tod macht deutlich, dass sich da viel ändern muss.

Internationales Zentrum Friedberg, Ausländerbeiräte Karben, Bad Nauheim und Friedberg.
www.internationales-zentrum-friedberg.de ■

Friedensbewegung:
Urteil zum Tornado-Einsatz war zu erwarten



KASSEL. Am 3. Juli verkündete das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zur Organklage Der Fraktion DIE LINKE. Dazu erklärte der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Peter Strutynski: Das Bundesverfassungsgericht ist sich einmal mehr treu geblieben. Bereits 1994 hatte es in einem denkwürdigen Urteil Auslandseinsätze jeglicher Art (Frieden erhaltende und Frieden erzwingende, also Kampfeinsätze) als mit dem Grundgesetz vereinbar gehalten. Vorausgegangen waren Klagen der SPD und der FDP wegen der AWACS-Einsätze in der Adria und wegen des Bundeswehreinsatzes in Somalia. Das BVerfG stellte damals fest, dass Bundeswehrauslandseinsätze dann verfassungskonform seien und nicht dem Art. 26 GG widersprächen, wenn erstens Deutschland im Rahmen eines Systems „kollektiver Sicherheit" (worunter das BVerfG fälschlicherweise auch die NATO zählt) handelt und wenn der Bundestag mit einfacher Mehrheit darüber entschieden hat.

Die Klage der LINKEN zielte diesmal vor allem darauf ab, gerichtlich zu überprüfen, ob der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan unter Führung der NATO nicht eine Überschreitung der Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag darstelle. Im NATO-Vertrag, der seiner Zeit von der Bundesrepublik als völkerrechtlich bindender Vertrag ratifiziert wurde, ist der Radius des Militärbündnisses und seiner Staaten genau festgelegt, nämlich auf „das Gebiet eines dieser Staaten in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs, auf das Gebiet der Türkei oder auf die der Gebietshoheit einer der Parteien unterliegenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses" (Art. 6).

Afghanistan liegt erkennbar außerhalb dieser Grenzen, also „out of area". Zum anderen definiert sich die NATO nach der Präambel und nach Art. 5 des Nordatlantikvertrags eindeutig als Verteidigungsbündnis. Bis auf die abstruse Konstruktion des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers, wonach Deutschland auch am Hindukusch verteidigt würde, kommt kein vernünftig denkender Mensch auf die Idee, der Krieg im Afghanistan habe mit der Verteidigung Deutschlands oder der NATO zu tun.

Offenbar ließ sich auch das oberste deutsche Gericht nicht von Vernunftgründen leiten, als es heute feststellte, der von der NATO geführte Einsatz der ISAF-Truppen diene der Sicherheit des euro-atlantischen Raums und überschreite deshalb nicht den NATO-Vertrag. Geografie scheint nicht die Stärke der Juristen zu sein. Leider haben die Verfassungshüter bei ihrem Urteil aber auch das Recht außer Acht gelassen. Es ist noch einmal daran zu erinnern, dass nach dem Grundgesetz die Bundeswehr allein zum Zwecke der Verteidigung gegründet wurde. In Art. 87a heißt es: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf." Und Art. 26 verbietet Angriffskriege: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Selbst wenn man der Argumentation des BVerfG folgen wollte, macht das Urteil keinen Sinn. Der Tornado-Einsatz ist Bestandteil von ISAF. ISAF ist aber ein Einsatz zur Stärkung der Regierung in Kabul und zur Unterstützung des Wieder-

aufbaus des weitgehend zerstörten Landes. Von „Sicherheit des euro-atlantischen Raums“ kann bei diesem Mandat keine Rede sein. (...) Der Bundesausschuss Friedensratschlag ist von dem Urteil des BVerfG nicht überrascht. Rechtsfragen werden nicht selten auch als politische Fragen behandelt. Und der Konsens unter den etablierten Parteien, die Bundeswehr und die NATO zu weltweit einsetzbaren Interventionsstreitkräften bzw. -Bündnissen auszubauen, wird auch von den obersten Verfassungshütern geteilt. Umso mehr stellt sich für die Friedensbewegung die Aufgabe, den Afghanistaneinsatz (ISAF, Tornado und Enduring Freedom, alles drei unter dem Kommando der NATO) politisch zu bekämpfen. Die Bevölkerung ist für die Beendigung des Einsatzes – und ist damit den Abgeordneten der etablierten Parteien um Längen voraus. Die Friedensbewegung wird ihre Kampagne „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ verstärken und mit der Rückendeckung der Bevölkerungsmehrheit im Herbst nach Berlin (Demonstration am 15. September, siehe Seite 15) und in den Bundestag tragen.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:Peter Strutynski (Sprecher) ■

Grundgesetz wird Makulatur

Hunderttausende Reservisten ziehen zusätzlich in die Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland

von Ulrich Sander

Als das Gesetz über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte und zur Rechtsbereinigung des Wehrpflichtgesetzes im Februar 2005 zu mitternächtlicher Stunde beschlossen wurde, da sagte Links-MdB Petra Pau: „Wir sind dagegen, weil sie (die Änderungen) ein trojanisches Pferd in Stellung bringen.“ Das bedeute den Versuch, den Bundeswehreinsatz im Innern durch die Hintertür zu ermöglichen. Weiter sagte Petra Pau: „Der Gesetzentwurf entspringt einer inhaltlichen Logik, der wir nicht folgen. Es geht darum, den Status und die Pflichten von Reservistinnen und Reservisten an die offensiven militärpolitischen Leitlinien anzupassen. Noch klarer gesagt: Reservistinnen und Reservisten sollen in den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee aktiv einbezogen werden. Die PDS ist gegen weltweite Militäreinsätze der Bundeswehr. ... Also sind wir auch dagegen, dass dieser Fehler auch noch auf die Reservistinnen und Reservisten ausgedehnt wird.“

Die Durchsetzung eines neuen Reservistenkonzepts und die Schaffung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit auch im Innern (ZMZi) hat sich beim Gipfel G8 erstmals im größeren Maße bemerkbar gemacht. So wie die ZMZ Äußeres die Reservisten sogar nach Afghanistan ziehen lässt, wo dann – wie kürzlich geschehen – drei von ihnen bei einem Anschlag ums Leben kamen. Das neue Konzept sieht vor: 4,3 Millionen Reservisten bis 45 Jahren haben sich zur Verfügung zu halten; zusätzlich nunmehr 800.000 zwischen 45 und 60 Jahren, davon 4.800 Frauen (laut Auskunft des Bundesverteidigungsministeriums an MdB Ulla Jelpke). Die Heraufsetzung des Reservistenalters führte zu einer erheblichen Zunahme der zur Verfügung stehenden Reservisten. „Der Status Reservist ist an eine konkrete Wehrdienstleistung gebunden; vor diesem Hintergrund gibt es keine ungedienten Wehrpflichtigen mit dem Status Reservistin/Reservist“ (lt. BMV). Das heißt: Wer jemals bei der Bundeswehr diente, gilt als Reservist und kann herangezogen werden. Zudem: Im Verteidigungsfall können auch ungediente Gemusterte ohne Kriegsdienstverweigererstatus zu einer „konkreten Wehrdienstleistung“ einberufen werden. Immer neue Reservistengruppen werden ausgemacht, die auch zwangsweise herangezogen werden können. Laut Soldatengesetz können sich ehemalige Wehrpflichtige, die nicht Zeit- oder Berufssoldaten waren, „auf Grund freiwilliger schriftlicher Verpflichtung“ zur Teilnahme an Übungen verpflichten. Wenn Sie dann im Rahmen dieser Übungen höhere Dienstgrade erwerben – also den Zeitsoldaten gleichgestellt werden –, können sie anschließend bis ins Alter von 60 Jahren auch noch ohne ihre Zustimmung zu solchen Übungen herangezogen werden. Das gilt auch für die derzeit vorzeitig in Ruhestand versetzten Offiziere und Unteroffiziere im Alter um die 50 Jahre. Als Reservisten sind sie jederzeit rückholbar.

Mit § 6c des Gesetzes wird der Einsatz der Bundeswehr im Inneren der Bundesrepublik Deutschland erleichtert. Reservistinnen und Reservisten werden entsprechende Aufgaben zugewiesen, indem eine neue Art von Wehrdienst mit der Bezeichnung „Hilfeleistung im Inland“ für Reservisten geschaffen wird. Inlandseinsätze der Bundeswehr sind jedoch grundgesetzwidrig. Über zwei Jahre nach Annahme des Gesetzes meldet die Bundeswehrzeitschrift „Y“: „Seit Jahresbeginn stellt sich die Bundeswehr in der Fläche der Republik neu auf.“ Sie zitiert Minister Franz Josef Jung: „Die flächendeckende Einführung der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit im Inland stellt sicher, dass die Bundeswehr in unsrer Heimat jederzeit und an jedem Ort unseres Landes Hilfe und Unterstützung leisten kann.“ Die Reservisten werden im Rahmen von ZMZi den zivilen Behörden „zur Seite gestellt“ (lt. Bundeswehr-WebSite).

Im Wehrpflichtgesetz wurde in § 17 ein zehnter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt: „Bleibt der Wehrpflichtige der Musterung unentschuldigt fern und scheitert eine polizeiliche Vorführung oder verspricht diese keinen Erfolg, ist nach Aktenlage zu entscheiden. Dies gilt auch dann, wenn der Wehrpflichtige sich nicht untersuchen lässt.“ Im Klartext heißt das (laut Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen): Ist ein Mitarbeiter im Kreiswehrersatzamt der Meinung, es habe keinen Sinn, extra die Polizei zu bemühen, dann kann die Tauglichkeit ohne ärztliche Untersuchung – auch ohne den Mann je gesehen zu haben – willkürlich festgelegt werden. Ist die Tauglichkeit festgelegt, kann er anschließend zum Grundwehrdienst einberufen werden. Die Tauglichkeitseinstufung nach Aktenlage macht nur Sinn, wenn der Wehrpflichtige anschließend einberufen werden soll. Die Zentralstelle fragt: „Will man diejenigen in die Truppe holen, die sich hartnäckig weigern, zur Musterung zu erscheinen – die Punks von der Straße, die wohnungslosen Stadtstreicher?“

Nach dem G8-Gipfel und dem Einsatz von ca. 1.200 Soldaten im Innern, u. a. mit Tornado-Flugzeugen, Kriegsmarine und Panzerfahrzeugen, wurde der Begriff der „Amtshilfe“ nach Artikel 35 GG für die Begründung des Verfassungsbruchs bemüht. Es bürgert sich ein, aus diesem Artikel 35 eine Allzweckwaffe zu machen: Die Bundeswehr wird nicht nur zu den beiden dort genannten Aufgaben (Naturkatastrophen und Unglücksfälle) im Innern eingesetzt, sondern wie eine Behörde behandelt, – und Behörden haben einander Amtshilfe zu leisten. Das öffnet dem Verfassungsbruch Tür und Tor. Bis hin zur Behauptung, der Anti-Terrorkampf gebiete den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Anti-Terror wird von der Bundeswehrführung auch als Einsatz gegen „Chaosgruppen wie z.B. die Gruppe der Globalisierungsgegner“ (siehe „Information für die Truppe“ IfdT 3/2002) angesehen.

Im Grunde genommen geht es um die Anwendung des Notstandsrechtes von 1968, ohne dass es zum Verteidigungsfall kommt. So wird das Grundgesetz gebrochen, begründet mit dem Artikel 35 Abs. 1. Dort ist von „Amtshilfe“ die Rede. Die Streitkräfte werden jedoch nicht in Absatz 1 aus dem Jahr 1949 aufgeführt, sondern nur in den Absätzen 2 und 3 von 1968, – und dort kommt nun der Begriff Amtshilfe nicht vor. Nur bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen darf die Bundeswehr im Inland eingesetzt werden, das steht in diesen Absätzen in Artikel 35 GG.

Heiligendamm war aber keine Naturkatastrophe und kein Unglücksfall, – und daher bemüht man verfassungswidrig den Begriff der Amtshilfe.

U. Sander, VVN-BdA NRW ■

Frieden für Afghanistan –
Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze!
Demonstration am 15. September 2007 in Berlin

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

„… dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ (Wolfgang Borchert, 1947)

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze – Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau – sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terror“ sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen – und Mittleren Osten erweitert werden.

Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die – seit Anbeginn betriebene – deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt.

Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die kriegführenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit freiwerdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush- Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen! ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Aktuelle politische Dokumentation als DVD erschienen:

»Die Welt zu Gast bei Freunden« – Impressionen vom G8-Gipfel in Heiligendamm 2007

Im Juni 2007 dokumentierten Kamerateams eine Woche lang den vielfältigen Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Der Film präsentiert den visuellen Kontrast zwischen der ruhigen mecklenburgischen Landschaft und »dem Zaun« als Symbol der elitären Entfernung der Regierenden vom Volk und dem Globalisierungskampf. Gezeigt werden die verschiedenen Formen des erfolgreichen Protestes und Widerstandes: Demonstrationen, Blockaden, Camps, Gegengipfel, aber auch Polizeiprovokationen und Polizeigewalt. Und natürlich die Clownsarmee, immer in der ersten Linie, mal deeskalierend



durch Späße mit der Polizei, mal selbst durch Wasserwerfer weggespült.

Der Film begleitet GipfelgegnerInnen bei ihren Aktionen und wechselt in Parallelmontagen immer wieder den Standort des Geschehens. Neben Statements von GipfelgegnerInnen zum Geschehen kritisieren auch AnwohnerInnen in Interviews das G8-Gipfeltreffen und zeigen auch zum Teil Verständnis für den friedlichen Protest der jungen DemonstrantInnen.

In Interviews beschreiben Werner Rätz von attac und Barbara Kamradt von Greenpeace die Folgen der Globalisierung und die Notwendigkeit von globalen sozialen Rechten.

Der Film dokumentiert den Protest international, jung und friedlich mit viel Kreativität und guter Laune als Mut machendes Zeichen für internationales, solidarisches Bewusstsein, politische Courage und zivilen Ungehorsam.

Der Film kostet als DVD 10,- EUR zzgl. 3,- EUR Versandkosten. Lauflänge 30 Min.

Kontakt und Bestellung:
Medienprojekt Wuppertal
Hofaue 59, 42103 Wuppertal
info@medienprojekt-wuppertal.de
www.medienprojekt-wuppertal.de

Rechte wollen Linke anbaggern

Junge Freiheit, Nr. 26/2007, 22. Juni

Nationalsozialistische Organisationen und Kräfte früher, aber auch Neue Rechte heute versuchen immer wieder einen theoretischen und praktischen Zusammenhang zu linker und sozialistischer Politik herzustellen. Rolf Stolz, in den achtziger Jahren Mitgründer bei den Grünen und kennt sich also aus, ist seit vielen Jahren Autor bei der „Jungen Freiheit“. Er meint, die Antideutschen wären empfänglich für rechte Theorien und die Kölner Moscheediskussion inspiriert ihn ebenfalls. Die Antideutschen müssten aber ihren „deutschen Selbsthass“ fallen lassen:

„Wer aber neue Wege geht, wer ungewohnte Differenzierungen verlangt (ob Ralph Giordano im Hinblick auf neue Großmoscheen oder wie Gerd Schultze-Rhondorf in der Kriegsursachenerforschung oder wie Martin Walser in Sachen des Missbrauchs von Auschwitz zu tagespolitischen Zwecken), wer Verbrecher Verbrecher nennt oder unterdrückte Nachrichten veröffentlicht wie die Netzseite ‚Politically Incorrect‘, wer für ein anderes besseres Deutschland, für Deutschland als souveräne Friedensmacht kämpft – der wird vom halbintellektuellen Pöbel an den Pranger gestellt und niedergemacht. Hermann Görings Satz: ‚Wer Jude ist, bestimme ich‘ hat bei diesen Leuten eine zeitgemäße Fortführung gefunden: Erstens bestimmen wir, wer Nazis ist, zweitens wer nicht für uns ist, ist automatisch ein Nazi ...“

Für Stolz ist es dabei „immer vorrangig, das nationale Selbstbewusstsein zu stärken und die patriotischen Kräfte zu organisieren.“ Nur so sei auch eine Basis dafür gegeben, „die zweitrangigen Dinge anzupacken – etwa aus dem Block der Antinationalen jene herauszubrechen, die diesem weniger fest verbunden sind ...“ Im Innern gehe es darum, „den Vormarsch des politischen Islam zu stoppen, die Islamisten auszuweisen, die Ghettos aufzulösen und den Primat der europäischen Werte, der deutschen Kultur in allen Stadtvierteln, Schulen und Universitäten wiederherzustellen.

Es geht darum, die große vielfältige und widersprüchliche, aber dennoch unüberwindliche Einheit aller Deutschen aus allen politischen Lagern, religiösen Bekenntnissen, sozialen Schichten und ethnischen Herkünften zu erreichen – eine Einigung auf geistig-politischer Basis, die eine aufgeklärte Liebe zum eigenen Land und zum eigenen Volk verbindet mit Freiheitsliebe, festem Selbstbewusstsein, nüchterner Selbstbescheidung, Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten, Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der anderen.“

Die EU ist nicht tot – auch wenn das rechtsextreme Kreise immer hoffen

Junge Freiheit, Nr. 28/2007, 6. Juli 2007

Dass die Junge Freiheit ein rechtsextremes Blatt ist, kann man immer wieder an der EU-Berichterstattung sehen. Hier wird der „Nationalstaat“ vor europäische zivile Lösungsmodelle gestellt.

Prof. Dr. Wilhelm Hankel gibt da immer wieder Schützenhilfe. Hankel lehrt seit 1967 Währungspolitik an der Uni Frankfurt und war Direktor der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Ministerialdirektor des ehemaligen SPD-Wirtschaftsministers Schiller: Den EU-Gipfel Ende Juni in Brüssel fasst er wie folgt zusammen: „Der Offenbarungseid des Brüsseler Gipfels vom 20./21. Juni 2007 könnte der Auftakt zu diesem Europäischen Völkerbund gewesen sein.“



Hankel meint, dirigistisches Eingreifen sei falsch, die freie Entfaltung der Nationalstaaten sei der richtige Weg. Dass damit die deutsche Dominanz noch größer würde, schreibt er natürlich nicht: „Mammut-Konferenzen mit Theatereffekten sind das Überflüssigste von der Welt. Um im wirtschaftlichen Wettbewerb der Nationen mitzuhalten, sind Kreativität, Innovation, Produktivität und offene, aber regulierbare Märkte gefragt, nicht sterile wirtschaftliche Machtblöcke. Ihr Einfluss verliert sich, wenn ihre innere Ordnung zerbricht.“

Dass die staatliche Ordnung der Bundesrepublik „zerbricht“, ist Unsinn. Genau das Gegenteil tritt ein: Die EU sichert starke Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten. Was Hankel propagiert, ist nichts anderes als neoliberale Freizügigkeit der einzelnen Wirtschaftsblöcke bzw. Nationalstaaten. An einer anderen Stelle wird er deutlicher:

„Die Zukunft der Weltgesellschaft gehört nicht den freien und selbstzerstörerischen Marktkräften, sondern der Kooperation von Nationen, die die Gesetze ihrer inneren Entwicklung mit dem Ausmaß der damit einhergehenden Öffnung nach außen sorgfältig abwägen und austarieren müssen – nach der Formel: soviel Weltmarkt wie mit ihrem inneren Fortschritt und ihrer inneren Stabilität vereinbar.“

Wenn dem so wäre, würden Portugal und Spanien immer noch total arm sein, wie vor 30 Jahren. Und Deutschland und Frankreich noch dominanter. Dabei sucht Hankel den Schulterschluss mit den Linken, in dem er behauptet, Europa würde den „Neoliberalismus“ züchten und nicht das freie Wirtschaften der Kapitalisten, das er propagiert. Die EU schafft Rahmenbedingungen, die den Wirtschaftsunternehmen mal Fesseln anlegen, mal aber auch nicht. Ein freies Wirken wäre Neoliberalismus pur. Hankel hetzt deshalb auch gegen die Linke:

„Es ist die linke Europa-Demut, die bis heute dem rechten Kommerz die besten Geschäfte in und mit Europa erlaubt. Sie ist es, die den ‚Neoliberalismus‘ züchtet, den die Linke dann mit billiger Polemik rhetorisch bekämpft. Die Neoliberalen nehmen dankbar an, was ihnen Gegner frei Haus liefern ... Entweder sind Lafontaine, Gysi und Co. ökonomische Ignoranten oder politische Scharlatane, wenn sie diese Ursachen der deutschen Sozialmisere permanent verdrängen und mit den Genossenen rechts von ihnen in das gleiche Europa-Horn blasen.“ *jöd* ■